



Sufficiency 23

Eine Studie zur Akzeptanz umweltpolitischer Suffizienzmassnahmen

Jan Fivaz, Annique Lombard und Daniel Schwarz

26. Februar 2026

Executive Summary

Die Schweiz steht vor einer Herausforderung, die sie mit vielen anderen hoch entwickelten Ländern teilt: Sie verbraucht als Volkswirtschaft zu viele natürliche Ressourcen. Das schadet nicht nur dem Planeten, es kann langfristig auch Lebensqualität, Unabhängigkeit und Wohlstand gefährden. Wer einen hohen Verbrauch hat, ist zudem im Krisenfall auch weniger resilient gegenüber externen Schocks.

Anspruchsvolle Nachhaltigkeitsstrategien versuchen auf verschiedenen Wegen, dieser Herausforderung zu begegnen. Ein erster wichtiger Pfeiler ist, denselben Output mit einem geringeren Einsatz natürlicher Ressourcen zu erreichen (Effizienz-Ansatz). Einen weiteren Pfeiler stellen Versuche dar, Materialien möglichst wiederzuverwenden (z. B. in der Bauwirtschaft oder Textilindustrie) oder Güter nach dem Prinzip der Sharing Economy vermehrt gemeinsam zu nutzen (Konsistenz-Ansatz). Diese Verbesserungen allein reichen aber nicht aus, da sie nur die Prozesse an sich verbessern und nicht zwingend zu einem gesamthaft geringeren Ressourcenverbrauch führen. Deshalb braucht es zusätzlich auch Massnahmen und Anpassungen der gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die zu einer Veränderung der Konsummuster und zu einem insgesamt geringeren Konsum und somit einem ebenfalls geringeren Ressourcenverbrauch führen (Suffizienz-Ansatz).

Grundsätzlich sind solche Anpassungen der Rahmenbedingungen in der politischen Ökonomie ein bewährtes Instrument. Sie können oft auch innovationsfördernd wirken. So haben beispielsweise Massnahmen zum Gewässerschutz – dies nur ein Beispiel – die Innovationskraft der chemischen Industrie in der Schweiz befördert. Gerade in einer (halb-)direkten Demokratie wie der Schweiz ist es jedoch essenziell, dass solche veränderten Rahmenbedingungen nicht von oben verordnet, sondern von den Bürger:innen demokratisch legitimiert eingeführt werden.

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie erstmals, wie es um die politische Akzeptanz von Suffizienzmassnahmen in der Schweizer Bevölkerung steht. Dazu wurde in einem ersten Schritt – basierend auf einer umfassenden Literaturrecherche sowie mittels Durchführung von Experteninterviews und partizipativen Verfahren mit Bürger:innen – eine Liste von 43 konkreten Suffizienzmassnahmen erstellt. Anschliessend wurde in einer breit angelegten, repräsentativen Bevölkerungsbefragung (N=4'000) untersucht, wie die Zustimmung zu diesen Massnahmen ausfällt. Diese Auswertung wird im vorliegenden Bericht präsentiert. Die wichtigsten Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ein sehr grosser Teil der Schweizer Bevölkerung erachtet den Klimawandel als ein reales und vom Menschen verursachtes Problem.
- Ebenfalls eine grosse Mehrheit sieht vor allem die Wirtschaft, aber auch auf der individuellen Ebene die Bürger:innen selbst in der Verantwortung, sich in diesem Bereich stärker zu engagieren.
- Gespalten ist die Bevölkerung hingegen, ob zur Bewältigung des Klimawandels generell vor allem auf technischen Fortschritt und Eigenverantwortung gesetzt werden soll oder ob dazu auch Verbote und Abgaben notwendig sind.
- Suffizienz als Konzept ist der Schweizer Bevölkerung kein Begriff. Nur etwas mehr als zehn Prozent der Bürger:innen vermögen den Begriff inhaltlich korrekt einzuordnen.
- Die 43 Suffizienz-Massnahmen erzielen erstaunlich hohe Zustimmungswerte. Nicht weniger als 34 davon werden von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Allerdings können die hier präsentierten Auswertungen keinen Hinweis darauf bieten, wie diese Massnahmen in allfälligen Volksabstimmungen abschneiden würden.

- Bezüglich der verschiedenen Massnahmen zeigt sich, dass vor allem solche, die auf den Verkehr bzw. die individuelle Mobilität abzielen, schlecht abschneiden (z.B. autofreie Tage, Mobility/Road Pricing, Verbot von Kurzstreckenflügen oder die Aufhebung von Parkplätzen). Besonders hohe Zustimmungswerte hingegen erzielen niederschwellige Massnahmen im Bereich der Bildung, Information und Sensibilisierung (z.B. eine stärkere Berücksichtigung des Themas «Nachhaltigkeit» in den Lehrplänen) sowie Massnahmen, die den Bürger:innen als Konsument:innen einen direkten Nutzen/Mehrwert bringen. Beispiele dafür sind der Ausbau von internationalen Nachtzügen (rund 82% Zustimmung) oder Massnahmen wie z.B. längere Garantiefristen oder ein Recht auf Reparatur bei elektronischen Geräten (85% Zustimmung).
- Von zentraler Bedeutung für die Höhe der Zustimmung ist, wer einen Vorschlag in die politische Debatte einbringt. In einem Experiment im Rahmen der Studie kann aufgezeigt werden, dass die Nennung bürgerlicher Parteien oder von Wirtschaftsverbänden als «Absender» die Zustimmung in einzelnen Segmenten der Wählerschaft um bis zu 40 Prozentpunkte erhöhen oder auch um 19 Prozentpunkte senken kann.
- Schliesslich zeigt sich, dass die Wähler:innen jeweils deutlich gemässigtere («eingemittete») Positionen vertreten. Dies trifft sowohl auf die SP- und Grünen-Wählerinnen als auch auf die Wähler:innen im bürgerlichen Lager zu. Der Effekt fällt jedoch v.a. bei den Mitte- und FDP-Wähler:innen sehr deutlich aus. Diese zeigen deutlich mehr Unterstützung für umweltpolitische Anliegen als die von ihnen gewählten Parteien und Parlamentarier:innen.

Das Projekt «Sufficiency23» wird von der Stiftung Mercator Schweiz finanziert. Für die Inhalte und die Durchführung der wissenschaftlichen Arbeiten ist das Institut Public Sector Innovation (IPST) der Berner Fachhochschule BFH (www.bfh.ch/ipst) verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Fragestellung	1
2	Forschungsdesign und Datenerhebung	2
2.1	Erstellung der Massnahmenliste	3
2.2	Aufbau der Meinungsumfrage	4
2.3	Durchführung der Umfrage	4
2.4	Gewichtung und Aussagekraft der Daten	5
2.5	Berechnete Indices und Auswertungsvariablen	7
3	Generelle Einstellungen zum Klimawandel	8
4	Bekanntheit des Begriffes «Suffizienz»	11
5	Generelle Positionen zu klimapolitischen Massnahmen	14
6	Wissen über Suffizienz und klimapolitischen Massnahmen	20
7	Politische Unterstützung von Suffizienz-Massnahmen	23
8	Detailauswertung zur politischen Unterstützung	27
8.1	Vorschläge hin zu einem generellen gesellschaftlichen Wandel	27
8.2	Vergleich mit Positionen der Parteien und Parlamentsmitglieder	28
8.3	Vorschläge im Bereich Flugverkehr	31
8.4	Bedeutung des «Absenders»	34
9	Fazit und Handlungsempfehlungen	39
	Literaturverzeichnis	42
	Anhang 1: Politisches und soziodemografisches Profil der Umfrageteilnehmenden nach Gewichtungsmodellen	43
	Anhang 2: Indices und generierte Analysevariablen	44
	Anhang 3: Zustimmung zu Massnahmenvorschlägen nach Bevölkerungsgruppen	46

1 Einleitung und Fragestellung

Der Klimawandel wird heute sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung als eine der dringlichsten globalen Herausforderungen anerkannt. Trotzdem folgt daraus oft kein entsprechend konsequentes Handeln. Ein gutes Beispiel dafür stellt eine 2023 weltweit durchgeführte Umfrage unter 9'220 Wissenschaftler:innen verschiedenster Fachrichtungen dar. Von diesen waren nicht weniger als 91% der Meinung, dass der Klimawandel zum einen eine zentrale globale Herausforderung darstellt und zum anderen diese nicht allein durch Klimaschutzmassnahmen im engeren Sinn gelöst werden kann, sondern dass es dazu eines weitgehenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels bedarf. Doch selbst bei Wissenschaftler:innen folgt auf diese Erkenntnis ein Zögern. Die anschliessende Frage, ob sie, beziehungsweise die Wissenschaft, sich selbst direkt stärker dafür einsetzen sollten, dass es auch tatsächlich zu einem solchen Wandel kommt, haben hingegen nur noch 51% der Befragten bejaht (Dablander et al. 2024).

Dieser Mangel an konsequentem Handeln lässt sich jedoch generell und nicht nur bei Wissenschaftler:innen beobachten. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte auf die Grösse und Komplexität der Herausforderung zurückzuführen sein: Um den Klimawandel wirklich anzupacken, müssen in vielen Bereichen liebgewonnene Gewohnheiten, eingespielte Prozesse und langfristig gewachsene Strukturen hinterfragt und angepasst werden. Gerade in freiheitlich-demokratischen Gesellschaften kommt dabei der Haltung der Bürger:innen und Wähler:innen eine besondere Bedeutung zu. Sind sie grundsätzlich bereit, den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen? Welchen politischen Massnahmen stehen sie offen gegenüber, und welche sehen sie eher kritisch?

Dies kann als übergeordnete Fragestellung betrachtet werden, auf die die vorliegende Studie erste Antworten zu finden versucht. Dazu muss zunächst einmal festgehalten werden, dass der Klimawandel bzw. spezifische Klimaschutzmassnahmen eine zentrale Rolle spielen, die Studie aber mit ihrem Fokus auf eine insgesamt nachhaltig ausgestaltete Wirtschaft und Gesellschaft breiter angelegt ist. Massnahmen, um eine solche Nachhaltigkeit zu erzielen, lassen sich grundsätzlich einem der drei Ansätze des Nachhaltigkeitskonzepts zuordnen: der Effizienz, der Konsistenz und der Suffizienz. Obschon der Effizienz-Ansatz bereits seit längerem bekannt und breit verankert ist und auch der Konsistenz-Ansatz (z.B. in der Form von Modellen der Kreislaufwirtschaft oder der Sharing Economy) in den letzten Jahren laufend an Bedeutung zugenommen hat, zeigt sich, dass diese Massnahmen allein nicht ausreichen werden, um ambitionierte Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Somit werden auch vermehrt Massnahmen basierend auf dem Suffizienz-Ansatz notwendig sein. Dieser Ansatz fristet jedoch im Vergleich zu den beiden anderen eher ein Schattendasein und ist in der Bevölkerung oder in umweltpolitischen Debatten (noch) kaum präsent.

Alle drei Ansätze zielen auf eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der damit einhergehenden Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen ab. Der Effizienz-Ansatz zielt auf ein «besseres» Produzieren ab, bei dem mit einem geringeren Ressourcen- und Energieeinsatz ein gleichbleibender oder sogar grösserer Nutzen erzielt werden soll. Der Konsistenz-Ansatz will den Ressourcenverbrauch durch den Einsatz regenerativer Energien und wiederverwertbarer Materialien (z.B. Kreislaufwirtschaft oder Recycling) reduzieren. Beide Ansätze zielen darauf ab, die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen mit einem geringeren Ressourceneinsatz zu decken – durch effizientere und ressourcenschonendere Prozesse. Der Suffizienz-Ansatz setzt jedoch direkt bei der Nachfrage nach Ressourcen selbst an. Suffizienz-Massnahmen sollen zu einer absoluten Verringerung des Ressourcenverbrauchs sowie der schädlichen Umweltauswirkungen des Rohstoff- und Energieverbrauchs führen, indem bestimmte Güter und Dienstleistungen gezielt weniger konsumiert werden. Dabei handelt es sich um eine strukturelle Aufgabe, die entsprechende politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfordert (Sachverständigenrat für Umweltfragen 2024).

Die Reduktion der Nachfrage nach Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen wird im Kontext des Suffizienz-Ansatzes bislang häufig als Frage individueller Verantwortung verstanden. Dabei geht es bei Suffizienz in erster Linie um die gesellschaftliche Verantwortung im Umgang mit dem Ressourcenverbrauch. Der Ansatz macht zudem deutlich, wie komplex die Ursachen des Ressourcenverbrauchs tatsächlich sind. Darüber hinaus wirft er grundlegende Fragen nach den Zielen und Dynamiken unseres Wirtschafts- und politischen Systems sowie nach sozialer Gerechtigkeit auf – Fragen, für die es bislang keine einfachen oder kurzfristigen Lösungsansätze gibt. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, wie groß die Unterstützung oder die Widerstände gegenüber konkreten Suffizienzmassnahmen in der Schweizer Bevölkerung tatsächlich sind – ein Thema, das bislang kaum erforscht ist.

Die Studie «Sufficiency 23» möchte daher an diesem Punkt ansetzen. In einem ersten Schritt wurde ein Katalog von 43 Suffizienz-Massnahmen entwickelt. Daran anschliessend wurde im Rahmen einer breit angelegten Bevölkerungsbefragung im Dezember 2023 untersucht, wie gross die Unterstützung für diese Massnahmen in der Bevölkerung tatsächlich ausfällt.

Der vorliegende Abschlussbericht gliedert sich wie folgt: Im nächsten Abschnitt 2 wird auf das Forschungsdesign und die methodischen Grundlagen eingegangen (z.B. auf den Prozess zur Erstellung der Massnahmenliste, zum Aufbau und zur Durchführung der Meinungsumfrage sowie zu den angewandten Gewichtungsmethoden und der Aussagekraft der erhobenen Daten). Danach folgt als Einstieg eine Analyse der allgemeinen Einstellungen zum Klimawandel (Abschnitt 3) und der generellen Haltung bezüglich klimapolitischer Massnahmen (Abschnitt 4) sowie des Wissensstandes zu den Themen «Klima» und «Klimapolitik» (Abschnitt 5). Im Abschnitt 6 wird darauf eingegangen, wie geläufig der Begriff der «Suffizienz» unter den Bürger:innen überhaupt ist, bevor dann im Abschnitt 7 aufgezeigt wird, mit welcher Unterstützung oder mit welchen Widerständen die 43 Suffizienz-Massnahmen zu rechnen haben. Die Datenanalyse wird mit einer Reihe von kleineren Analysen, die sich mit Detailaspekten wie z.B., inwieweit der «Absender» für die erzielte Unterstützung eines Massnahmenvorschlages von Bedeutung ist, auseinandersetzen. Abschliessend werden im Abschnitt 9 die Schlussfolgerungen dargelegt sowie Handlungsempfehlungen im Hinblick auf eine Stärkung des Suffizienz-Gedankens formuliert.

2 Forschungsdesign und Datenerhebung

Die vorliegende Studie wurde in zwei Arbeitsschritten durchgeführt. In einem ersten Schritt wurde eine Liste mit Massnahmen zur Einführung und Stärkung des Suffizienz-Konzepts in verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen erarbeitet. In einem zweiten Schritt wurden dann die Massnahmen dieser Liste in einer repräsentativen Umfrage unter den Stimmberechtigten der Schweiz auf ihre politische Akzeptanz hin geprüft.

Für den Begriff der «Suffizienz» – bezogen auf den Nachhaltigkeits- und Umweltbereich – existiert keine allgemeingültige Definition. Je nach Sprachregion oder auch Fachdisziplin werden sehr unterschiedliche Begriffsdefinitionen verwendet. Die Rahmen des vorliegenden Projektes verwendete Definition ist sehr breit angelegt. Eine detaillierte Beschreibung der Erarbeitung der Begriffsdefinition, der Operationalisierung und anderer konzeptioneller Elemente findet sich in einem separaten technisch-methodischen Bericht (vgl. Wäspi & Fivaz 2024).¹

Ausgangspunkt der Begriffsdefinition dieser Studie ist die Prämisse, dass eine generelle Reduktion des globalen Ressourcenverbrauchs notwendig ist. Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Reduktion des Ressourcenverbrauchs basiert wiederum auf den eingangs skizzierten drei Ansätzen. Zum einen auf der «Effizienz» (sparsame, ressourcenschonende Produktionsprozesse), zum anderen auf der «Konsistenz»

¹ Es handelt sich um einen unveröffentlichten internen Bericht. Für Auskünfte zu den methodischen und konzeptionellen Grundlagen kann man sich jederzeit direkt an das Autorenteam der vorliegenden Studie wenden.

(Wiederverwendung von Ressourcen wie z.B. im Rahmen der Kreislaufwirtschaft) und schliesslich auf der «Suffizienz», also einer absoluten Verringerung der schädlichen Umweltauswirkungen des Rohstoff- und Energieverbrauchs durch eine Anpassung etablierter Konsummuster und eine gezielte Reduktion des Konsums von Gütern und Dienstleistungen. Dabei handelt es sich um eine strukturelle Aufgabe, die entsprechende politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfordert. Bereits 2022 hat das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) in seinem «Report for Policymakers» eine Definition des Begriffs Suffizienzmassnahmen erstellt:

«Sufficiency policies are a set of measures and daily practices that avoid demand for energy, materials, land and water while delivering human well-being for all within planetary boundaries.» (IPCC SPM 2022: 31)

Dies ist ebenfalls die Definition, von der wir im vorliegenden Forschungsprojekt ausgehen. Es ist wichtig festzuhalten, dass diese Definition nicht nur klima- und umweltpolitische Ziele im engeren Sinn beinhaltet. Vielmehr spielen weiter gefasste Ziele wie «ein gutes Leben» oder «Wohlbefinden für alle» eine wichtige Rolle, was ein sehr umfassendes und interdisziplinäres Anwendungsfeld ergibt, das verschiedene Politikebenen (nationale, regionale und lokale Politik) als auch verschiedene Politikbereiche (z.B. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- oder Verkehrspolitik) umfassen kann (Schneidewind & Zahrnt 2014). Entsprechend breit fällt auch die für dieses Projekt erarbeitete Liste von Massnahmenvorschlägen aus.

2.1 Erstellung der Massnahmenliste

Die Erarbeitung des Massnahmenkatalogs begann mit einer umfassenden Literaturrecherche. Neben wissenschaftlicher Literatur wurden dazu auch Berichte staatlicher Stellen sowie von Umwelt- und anderen Organisationen berücksichtigt, die sich mit dem Thema Suffizienz und Suffizienzpolitik auseinandersetzen. Weiter flossen in den Katalog Ideen und Massnahmenvorschläge ein, die das Projektteam anlässlich des Besuchs mehrerer Fachkonferenzen und Tagungen erhalten hatte. Schliesslich wurden zudem sieben ausführliche Interviews mit Experten:innen verschiedener Fachrichtungen geführt.

Wichtig ist anzumerken, dass im Rahmen dieser initialen Sammlung möglicher Massnahmen mit einer Ausnahme keine Vorgaben gemacht wurden. Es ging darum, die wirksamsten Massnahmen zu sammeln. Inwiefern diese Massnahmen politisch umsetzbar waren, war zu diesem Zeitpunkt ausdrücklich nicht von Bedeutung. Einzige Vorgabe war, dass die Massnahmen innerhalb der Schweiz beschlossen und umgesetzt werden können. Internationale Kooperationen und länderübergreifende Ansätze wurden ausgeschlossen.

Nach dieser umfassenden initialen Sammlung möglicher Massnahmen wurde ein zweistufiges partizipatives Verfahren durchgeführt. Zwischen September und Dezember 2022 konnten die Vorschläge über die Online-Partizipationsplattform «BePart» eingesehen, diskutiert und allenfalls auch durch weitere Ideen ergänzt werden. Im Januar 2023 fand in Bern zudem noch ein physischer Bürgerworkshop statt. An diesem Anlass waren interessierte Bürger:innen dazu eingeladen, die Massnahmenliste zu diskutieren und wenn möglich auch bereits zu kürzen.

Eine wichtige Erkenntnis, die sich aus diesem breiten und langen Sammelprozess ergeben hat, bestand darin, dass in der abschliessenden Meinungsumfrage nicht nur die Positionen zu den einzelnen Massnahmenvorschlägen abgefragt werden sollten, sondern auch mögliche Framing- und Absendereffekte – also die Wirkung, die aufgrund der Frage entsteht, wie und von wem diese Massnahmen kommuniziert werden – untersucht werden sollten.

Im Anschluss an diese Sammel- und Diskussionsphase wurde die insgesamt über 120 Vorschläge umfassende Liste möglicher Massnahmen bis Herbst 2023 durch das Projektteam auf insgesamt 43 konkrete Massnahmen gekürzt, die dann im Dezember 2023 im Rahmen einer breit angelegten Meinungsumfrage auf ihre politische Machbarkeit hin untersucht wurden.²

2.2 Aufbau der Meinungsumfrage

Die vorliegende Studie basiert auf den Daten einer eigens durchgeführten repräsentativen Online-Umfrage. Den Kern der Umfrage bildeten die Fragen bezüglich der Unterstützung oder Ablehnung der 43 Massnahmenvorschläge. Daneben wurden die üblichen Angaben zu soziodemografischen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Bildung etc.) sowie politischen Grundeinstellungen (Parteinähe, Links-rechts-Positionierung, politisches Interesse und Vertrauen sowie Angaben zu den üblicherweise benutzten Informationsquellen) abgefragt. Weiter wurden Fragen zu allgemeinen klima- und umweltpolitischen Einstellungen und zum Wissen bezüglich bereits getroffener klimapolitischer Massnahmen in den Fragebogen integriert.

Eine Herausforderung bestand darin, diese Themen im Fragebogen zu berücksichtigen, ohne dass dieser zu lang ausfiel. Insbesondere war zu befürchten, dass die Abfrage von Unterstützung bzw. Ablehnung zu 43 Massnahmen im Rahmen einer einzigen Fragebatterie die Aufmerksamkeitsspanne und vor allem auch die Geduld der Teilnehmenden überstrapaziert hätte. Daher wurden die Fragen aufgeteilt: Sieben dieser Vorschläge wurden in die experimentellen Settings integriert, die Framing- und Absendereffekte untersucht haben (vgl. Abschnitt 8.4). Die verbleibenden 36 Massnahmen wurden in zwei getrennten Batterien abgefragt. Eine erste Batterie umfasste vier sehr allgemein gehaltene Massnahmen mit einem gesamtgesellschaftlichen Fokus, der deutlich über die direkte Umweltthematik hinausgeht, während die zweite Fragebatterie 32 Vorschläge für Massnahmen mit einem direkten Bezug zur Umwelt- und Klimathematik umfasste. Von diesen 32 Vorschlägen wurden den einzelnen Teilnehmenden jeweils nur 16 nach Zufallsprinzip ausgewählte Massnahmen angezeigt. So konnte die Beantwortungsdauer der Umfrage deutlich verkürzt werden, ohne dass Abstriche bei der Aussagekraft in Kauf genommen werden mussten. Das Zufallsprinzip hat dafür gesorgt, dass alle Fragen gleich oft angezeigt worden sind, und die mit 4'008 hohe Anzahl an Teilnehmer:innen hat sichergestellt, dass sowohl bei den Experimenten als auch bei der Aufteilung der Fragebogenbatterie die Anzahl Antworten bei jeder Frage stets ausreichen gross ausgefallen ist. Zudem sorgte die zufallsbasierte Zuweisung der zu beurteilenden Massnahmen auch dafür, dass es bei den Antworten zu keinen Verzerrungen durch Selbstselektionsprozesse kam.

2.3 Durchführung der Umfrage

Die Datenerhebung wurde als Online-Umfrage unter den Teilnehmenden des Bilendi-Samples (www.bilendi.ch) zwischen dem 13. und 22. Dezember 2023 durchgeführt. Zur Teilnahme eingeladen wurden Stimmberechtigte (Schweizer Bürger:innen ab 18 Jahren) aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz.

Die Umfrage wurde quotengesteuert durchgeführt. Als Grundlage für die Berechnung der Quoten diente die Statistik der ständigen Wohnbevölkerung des Bundesamtes für Statistik (BFS) 2022 (Stand: 31. Dezember 2022). Zum Einsatz kamen die folgenden drei Quoten:

² Der gesamte Prozess der Erarbeitung des Massnahmenkatalogs wird im Methodenbericht (Wäspi & Fivaz 2024) des Projektes detailliert beschrieben.

- Anzahl Stimmberechtigte pro Kanton, wobei die Kantone zugleich auch als Quote für die Sprachregionen verwendet wurden (Ausschluss des Kantons Tessin, der Kanton Bern wurde als geschlossen deutsch- und die Kantone Freiburg und Wallis als geschlossen französischsprachig eingestuft).
- Geschlecht (Frauen/Männer)
- Alter basierend auf den folgenden Altersgruppen: 18-24, 25-34, 35-44, 45-54, 55-64, 65+

Personen über 80 Jahre sind im Bilendi-Sample kaum vertreten, sodass die Altersgruppe 65+ vor allem durch Personen zwischen 65 und 75 Jahren abgebildet wird. Zudem wurden gegen Ende der Befragungsperiode die Quoten für die Deutschschweiz (um 200), für Frauen (um 200) und für die Altersgruppen 35-44, 45-54 und 55-64 (um je 100) angehoben, um die geplante Samplegrösse von mindestens 4'000 Antworten erreichen zu können.

Per 22. Dezember 2023 lagen 4'118 vollständige Antworten vor. Teilnehmende, die für die Beantwortung weniger als 30 Prozent der Medianantwortzeit benötigt hatten, wurden als sogenannte «Speeder» aus dem Datensatz gelöscht. Danach verblieben noch 4'008 Antworten zur Auswertung im Datensatz.

2.4 Gewichtung und Aussagekraft der Daten

Der Rohdatensatz wird gewichtet, um drei Verzerrungen auszugleichen. Dies betrifft zunächst das «Basisgewicht». Mit diesem werden die geringfügigen Verzerrungen aufgrund der Anpassung der Quotierung korrigiert. Dabei wird nach Alter, Geschlecht und Sprachregion³ gewichtet. Als Referenz dienen dabei die Angaben aus der Bevölkerungsstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Das zweite Gewicht ist eine politische Gewichtung und zielt auf die Korrektur der nicht-repräsentativen Teilnahme der Parteiwähler:innen an der Umfrage ab, sodass die Verteilung der (partei-)politischen Präferenzen in der Bevölkerung nach Anwendung der Gewichtung korrekt im Datensatz repräsentiert wird. Im Rohdatensatz sind beispielsweise Wählende der SVP übervertreten, während Wählende der FDP untervertreten sind. Dies wird durch dieses «Parteiengewicht» korrigiert. Als Referenzwerte werden dazu die Stimmenanteile der Parteien bei den Nationalratswahlen 2023 verwendet und mit der Verteilung der Antworten zur Frage nach der persönlichen Parteiwahl aus der Umfrage verglichen (vgl. Tabelle 2.1). Allerdings haben nicht alle Umfrageteilnehmenden die entsprechende Frage nach der Nähe zu einer bestimmten Partei beantwortet. Für diese kann daher auch keine Gewichtung berechnet werden, was durch die Anwendung dieses Gewichts die Fallzahl von 4'008 auf 3'323 antwortende Personen reduziert.

Tabelle 2.1: Politische Gewichtung gemäss der Parteinähe/Stimmanteile

	Stimmanteile NR 2023		Suffizienz-Umfrage		Parteigewicht
	%		%	N	
Mitte	14.1		16.0	531	0.88
FDP	14.3		11.6	387	1.23
SVP	27.9		32.6	1'083	0.86
SP	18.3		17.5	583	1.04
Grüne	9.8		8.6	286	1.14
GLP	7.6		8.0	266	0.95
Andere	8.0		5.6	187	1.42

Quelle: Bundesamt für Statistik; N=3'323.

³ Die Sprachregionen wurden dabei anhand der (Wohn-)Kantone der Teilnehmenden und nicht anhand der von ihnen gewählten Sprachversion des Fragebogens bestimmt.

Die dritte Gewichtung betrifft die generelle Position der Umfrageteilnehmenden zu Klima- und Umweltfragen. Der Fragebogen enthielt auch eine Frage dazu, ob und wie man bei der Volksabstimmung zum «Klimazielgesetz» im Juni 2023 – sechs Monate vor der Durchführung dieser Umfrage – gestimmt hatte. Bei einem Vergleich der Antworten zu dieser Frage mit den Angaben der Vox-Abstimmungsanalyse, die im Sommer 2023 durchgeführt worden ist, hat sich gezeigt, dass die Korrektur der verzerrten Parteistärken nicht ausreicht, um die relevanten Verzerrungen im Datensatz zu korrigieren, da die Verzerrungen innerhalb der Gruppen der jeweiligen Parteisympathisanten vorhanden sind. Als gutes Beispiel dazu eignet sich das Abstimmungsverhalten der SVP-Wähler:innen. Diese haben gemäss der Vox-Abstimmungsanalyse das Klimagesetz zu 90% abgelehnt, während die Ablehnungsquote unter den SVP-Wähler:innen, die an der Umfrage teilgenommen haben, bei lediglich 63% liegt. Die «klimafreundliche» Gruppe der der SVP-Wähler:innen ist somit in der Umfrage deutlich übervertreten. Dies ist auch bei den Mitte-Wähler:innen der Fall, während bei den SP- und den FDP-Wähler:innen jeweils der «klimaskeptische» Flügel übervertreten war. Gerade für die im Rahmen dieser Studie geplanten Analysen kommt diesen Verzerrungen eine enorme Bedeutung zu. Daher wurde ein drittes Gewicht («Klima-Gewicht») berechnet, die diese Verzerrungen korrigiert (vgl. Tabelle 2.2). Dieses wurde jeweils für die Parteiwähler:innen sowie für die Ja- und die Nein-Stimmanteile berechnet.

Tabelle 2.2: Klimapolitische Gewichtung gemäss dem Stimmentscheid beim Klimagesetz nach Parteipräferenz

	Abstimmung		Datensatz		«Klima-Gewicht»	
	Ja (%)	Nein (%)	Ja (%)	Nein (%)	Ja-Gewicht	Nein-Gewichte
Mitte	64.0	36.0	73.4	26.6	0.87	1.35
FDP	66.0	34.0	62.7	37.3	1.05	0.91
SVP	10.0	90.0	36.6	63.4	0.27	1.42
SP	93.0	7.0	86.6	13.4	1.07	0.52
Grüne	93.0	7.0	92.5	7.5	1.01	0.93
GLP	92.0	8.0	89.1	10.9	1.03	0.73
Andere	47.0	53.0	56.5	43.5	0.83	1.22

Quelle: Vox-Abstimmungsanalyse; N=2'003

Da längst nicht alle Umfrageteilnehmenden an der Abstimmung zum Klimagesetz teilgenommen haben und somit die Frage danach, ob sie damals mit Ja oder Nein gestimmt haben, beantworten konnten, kann auch dieses Gewicht nicht für alle Umfrageteilnehmenden berechnet werden. Daher reduziert sich durch die Anwendung dieses Gewichts die Fallzahl nochmals deutlich auf noch 2'003 gültige Antworten.

Dass sich durch die Berechnung und den Einbezug von Gewichtungen die Fallzahl stark reduzieren könnte, war jedoch von Anfang an eingeplant worden. Aus diesem Grund wurde mit 4'000 Antworten ein sehr grosses Ausgangssample als Zielgrösse für die Umfrage definiert – gerade um die Verluste an Antworten durch die Gewichtungen kompensieren zu können. Im Ergebnis steht nun ein mit 2'000 Antworten im Vergleich zu üblichen Umfragen nach wie vor grosses Sample zur Verfügung, das aufgrund seiner Grösse und der vorgenommenen Gewichtungen die Erstellung sehr verlässlicher Analysen erlaubt.

In der Regel wird in den nachfolgenden Analysen jeweils das Kombinationsgewicht aus allen drei Gewichtungen verwendet. Dies muss aber nicht immer der Fall sein. Die drei Gewichte können je nach Inhalt der geplanten Analyse auch einzeln oder als Kombination von zwei Gewichten angewandt werden. Darauf wird jedoch jeweils ausdrücklich verwiesen; ohne einen entsprechenden Hinweis werden nachfolgend jeweils alle drei Gewichtungen als kombiniertes Gewicht angewandt. Zur besseren Einschätzung der Aussagekraft der Daten werden im Anhang 1 die soziodemografischen und politischen Charakteristika des Samples aufgeschlüsselt nach zwei Gewichtungsmodellen abgebildet.

2.5 Berechnete Indices und Auswertungsvariablen

Einige der Antworten aus dem Rohdatensatz wurden zu neuen Auswertungsvariablen berechnet. So standen beispielsweise zur Beantwortung der Frage nach dem Bildungsabschluss 13 Antwortmöglichkeiten zur Verfügung. Diese wurden in eine neue Variable «Bildungsabschluss» mit nur drei Kategorien («niedrig», «mittel» und «hoch») recodiert. Ähnlich wurde mit einer ganzen Reihe von Fragen/Variablen verfahren (z.B. dem politischen Interesse oder der Frage nach dem Vertrauen in bestimmte politische Akteure). Zudem wurden anhand der Antworten zu bestimmten Fragen Indices berechnet, die als zusätzliche Analysevariablen verwendet werden. So wurde z.B. aus den Antworten zu drei Fragen ein «Pro-Klima-Index» gebildet.

Detaillierte Angaben dazu, wie diese Indizes und Auswertungsvariablen berechnet wurden, finden sich im Anhang 2.

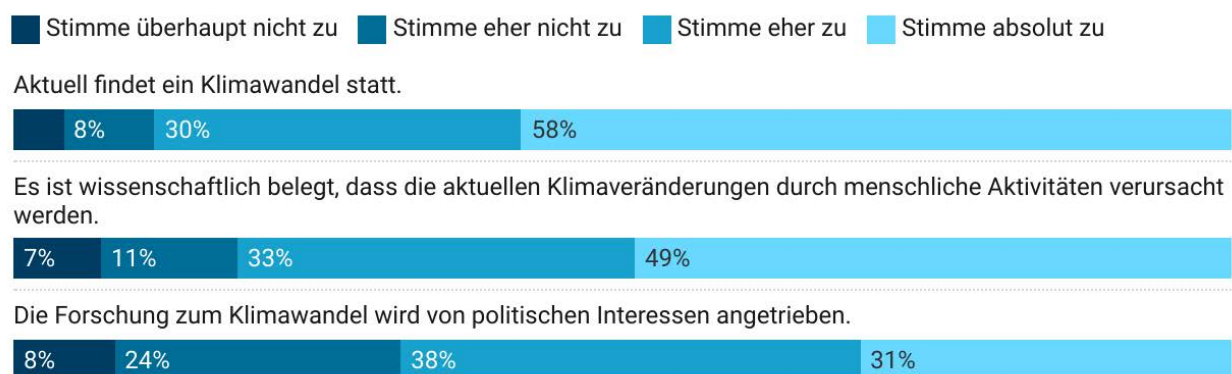
Teil I – Generelle Haltung und Wissen zu Klimawandel und Suffizienz

3 Generelle Einstellungen zum Klimawandel

Gleich zu Beginn wurden die Umfrageteilnehmenden nach ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung zu drei sehr allgemein gehaltenen Aussagen zum Klimawandel gefragt. Der ersten Aussage «Aktuell findet ein Klimawandel statt» stimmten mit 58% mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmenden «absolut» zu und weitere 30% stimmten «eher» zu, wohingegen 8% «eher nicht» und nur 4% der Aussage «überhaupt nicht» zustimmten. Bereits etwas verhaltener fällt die Zustimmung zur Aussage aus, dass es «wissenschaftlich belegt sei, dass die aktuellen Klimaveränderungen durch menschliche Aktivitäten verursacht werden». Eine absolute Zustimmung erfolgte nur noch in 49% der Antworten und weitere 33% stimmten eher zu. Man kann also festhalten, dass die Ansicht, dass es einen durch menschliche Aktivitäten verursachten Klimawandel gibt, breit akzeptiert ist. Der harte Kern derjenigen, die die Existenz eines menschengemachten Klimawandels leugnen, ist mit nur gerade 4-7% sehr klein (vgl. Abbildung 3.1).

Ein etwas anderes Bild bieten hingegen die Positionen zur dritten Aussage «Die Forschung zum Klimawandel wird von politischen Interessen angetrieben». Mit Blick auf die Positionsbezüge zu den ersten beiden Aussagen kommt es etwas überraschend, dass fast 70% der Befragten ganz oder zumindest eher davon ausgehen, dass die Forschung zum Klimawandel politisch motiviert bzw. getrieben ist. Allerdings könnte es sein, dass dieses Ergebnis durch die etwas unklare Fragestellung zustande gekommen ist. Es ist gut möglich, dass ein grösserer Teil der Befragten der Meinung ist, dass ein politischer Einfluss auf die Klimaforschung nicht zwingend negativ, sondern auch als gewollt bzw. positiv zu werten ist (z.B. aus dem Grund, dass es notwendig ist, um rasch zu Lösungsansätzen zu kommen). Dafür spricht, dass die Zustimmung zu dieser Aussage sogar unter den Wähler:innen der Grünen noch bei 56% liegt (vgl. Abbildung 3.2). Da die dahinterliegenden Motivationen für die Zustimmung zur Aussage anhand der vorliegenden Daten nicht aufgezeigt werden kann, es aber plausibel ist, dass SVP- und Grünen-Wähler:innen unterschiedliche Gründe für eine Zustimmung aufweisen dürften, sollten die Resultate zu dieser dritten Aussage mit Vorsicht interpretiert werden.

Abbildung 3.1: Allgemeine Einstellungen zum Klimawandel



N=1'937-1'979; Basis-, Partei- & Abstimmungsgewichtung

Betrachtet man die Zustimmungswerte zu den ersten beiden Aussagen anhand der soziodemografischen und politischen Analysekategorien, so zeigt sich, dass die Zustimmungswerte bei allen Gruppen relativ hoch ausfallen – auch wenn es einige kleinere Unterschiede gibt (vgl. Abbildung 3.2): Die jüngste und die älteste Altersgruppe weisen die höchsten Zustimmungswerte auf, die Zustimmung steigt im Gleichschritt mit dem Bildungsniveau, je städtischer der Wohnort ist, umso höher fällt die Zustimmung aus, hingegen sind Männer sowie Personen aus der französischsprachigen Schweiz etwas skeptischer eingestellt. Einzig die SVP-Wähler:innen stellen eine Ausnahme dar, zwar stimmen auch sie den beiden Aussagen mehrheitlich zu, doch fallen ihre Zustimmungswerte deutlich geringer aus. Dies ist insbesondere bei der Aussage der Fall, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Dieser stimmen gerade noch 57% der SVP-Wähler:innen zu.

Abbildung 3.2: Einstellungen zum Klimawandel nach soziodemografischen und politischen Merkmalen

	Aktuell findet ein Klimawandel statt.	Es ist wissenschaftlich belegt, dass die aktuellen Klimaveränderungen durch menschliche Aktivitäten verursacht werden.	Die Forschung zum Klimawandel wird von politischen Interessen angetrieben.
Geschlecht			
Mann	87%	79%	68%
Frau	90%	86%	68%
Alter			
18-24	93%	95%	63%
25-34	86%	81%	66%
35-44	89%	83%	64%
45-54	87%	79%	68%
55-64	86%	76%	73%
65+	90%	83%	70%
Bildungsabschluss			
Niedrig	87%	79%	74%
Mittel	87%	81%	68%
Hoch	92%	85%	62%
Sprache			
DE	88%	80%	70%
FR	91%	89%	63%
Wohnort			
Landgemeinde/Dorf	86%	79%	71%
Agglomerationsgemeinde	89%	82%	69%
Städtisch/urban	91%	85%	64%
Politisches Interesse			
Tief	88%	83%	68%
Hoch	89%	81%	68%
Parteinähe			
Mitte	95%	89%	67%
FDP	92%	89%	66%
SVP	73%	57%	86%
SP	95%	95%	61%
Grüne	99%	99%	56%
GLP	99%	98%	46%

N=1'968; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

In Abbildung 3.3 wird die Zustimmung zu diesen Aussagen zusätzlich aufgeschlüsselt nach einer Reihe weiterer Faktoren dargestellt. Ein erster Aspekt stellt die Anzahl Informationsquellen dar, die von den Umfrageteilnehmenden benutzt werden, um sich über politische und gesellschaftliche Themen ins Bild

zu setzen. Die Unterschiede fallen relativ gering aus. Zumindest zeigt sich, dass eine höhere Anzahl benutzter Informationsquellen mit höheren Zustimmungswerten in Bezug auf die Existenz des Klimawandels einhergeht. Hingegen scheint es kaum einen Unterschied zu machen, ob sich jemand primär über rein digitale Quellen informiert oder nicht (Vergleich der Antworten zu «Anzahl benutzter Informationsquellen» vs. «Anzahl benutzter digitaler Informationsquellen» in Abbildung 3.3).

Ein weiterer Bereich, der untersucht wird, betrifft den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in (klima-)politische Akteure und den Zustimmungswerten. Generell ist zu beobachten, dass sich ein steigendes Vertrauen relativ stark und positiv auf die Zustimmung zu den ersten beiden Aussagen auswirkt. Insbesondere scheint dem Vertrauen in den Bundesrat, die Umweltverbände und die Wissenschaft eine grosse Bedeutung zuzukommen.

Abbildung 3.3: Einstellungen zum Klimawandel nach Informationsquellen und Vertrauen in politische Akteure

	Aktuell findet ein Klimawandel statt.	Es ist wissenschaftlich belegt, dass die aktuellen Klimaveränderungen durch menschliche Aktivitäten verursacht werden.	Die Forschung zum Klimawandel wird von politischen Interessen angetrieben.
Anzahl benutzter Informationsquellen			
Niedrig	83%	78%	69%
Mittel	90%	83%	68%
Hoch	91%	83%	67%
Anzahl benutzter digitaler Informationsquellen			
Keine	90%	83%	66%
Niedrig	88%	83%	69%
Hoch	88%	80%	70%
Vertrauen in den Bundesrat			
Gering	71%	56%	82%
Mittel	89%	82%	73%
Hoch	94%	91%	61%
Vertrauen in Umweltverbände			
Gering	76%	61%	81%
Mittel	92%	86%	69%
Hoch	97%	96%	56%
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			
Gering	86%	77%	68%
Mittel	91%	85%	67%
Hoch	90%	85%	71%
Vertrauen in die Wissenschaft			
Gering	66%	50%	84%
Mittel	87%	73%	81%
Hoch	95%	93%	59%
Vertrauen in die Medien			
Gering	82%	70%	78%
Mittel	94%	91%	61%
Hoch	94%	92%	58%

N=1'968; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

4 Bekanntheit des Begriffes «Suffizienz»

Der generelle Eindruck, dass der Begriff «Suffizienz» sowohl in den Medien als auch in den (Klima-) politischen Debatten kaum vorkommt, kann durch Resultate der vorliegenden Umfrage bestätigt werden. Nur gerade 37% der Befragten geben an, im Zusammenhang mit dem Klimawandel bereits vom Begriff «Suffizienz» gehört zu haben (vgl. Abbildung 4.1).

Abbildung 4.1: Bekanntheit des Begriffes «Suffizienz» im Zusammenhang mit dem Klimawandel

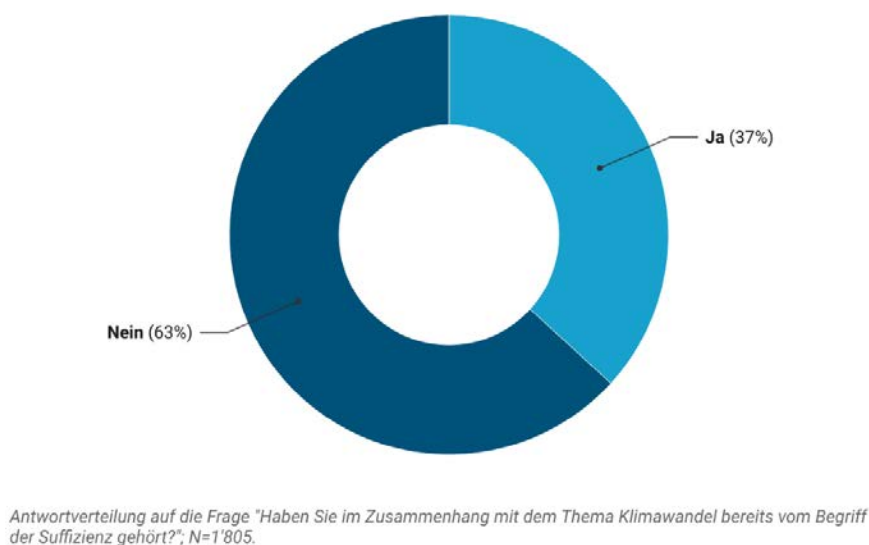
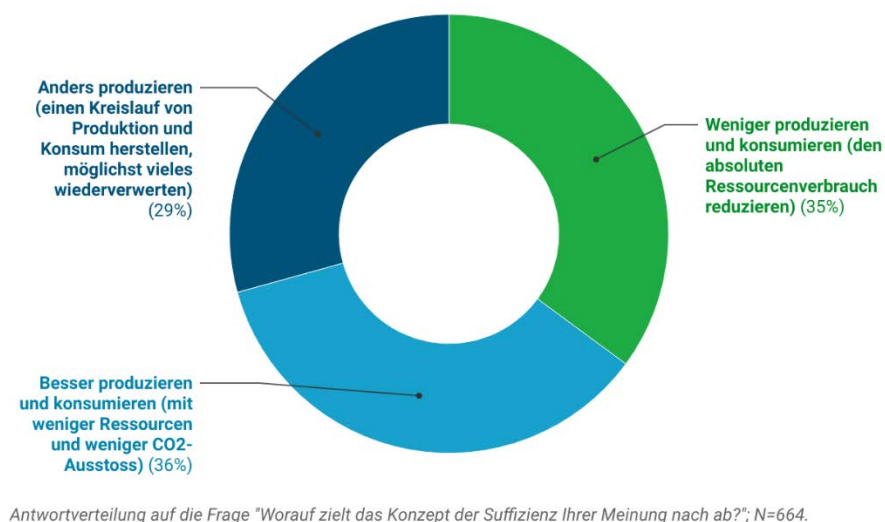


Abbildung 4.2: Korrektes Erkennen des «Suffizienz-Konzeptes»



Zusätzlich zur Bekanntheit wurde in der Umfrage aber auch geprüft, ob die Befragten den Begriff auch inhaltlich verstehen bzw. korrekt einschätzen können. So wurde den Befragten, die angegeben haben, den Begriff «Suffizienz» zu kennen, die Definitionen der drei Konzepte «Effizienz», «Konsistenz» und «Suffizienz» vorgelegt.⁴ Wiederum nur rund ein Drittel von ihnen war in der Lage, die korrekte Definition

⁴ Um einen Einfluss durch die Reihenfolge in der Darstellung im Rahmen der Umfrage auszuschliessen, wurden die drei Antwortoptionen den Umfrageteilnehmenden in einer zufallsbasierten Reihenfolge präsentiert.

zu identifizieren – ein Ergebnis, das bei nur drei Antwortoptionen auch mit einem Zufallsergebnis durch Würfeln erzielt werden könnte (vgl. Abbildung 4.2).

Insgesamt zeigt sich also bezüglich der Bekanntheit des Begriffes «Suffizienz» ein ernüchterndes Bild: Nur gerade ein Drittel gibt an, den Begriff zu kennen, und von diesen Personen ist wiederum nur ein Drittel in der Lage, den korrekten Inhalt des Begriffes zu nennen. Somit ist «Suffizienz» im Zusammenhang mit dem Klimawandel gerade einmal 13% der Bevölkerung in korrekter Form bekannt.

Aufgeschlüsselt nach den üblichen soziodemografischen und politischen Analysekatégorien zeigen sich jedoch teilweise grosse Unterschiede (vgl. Abbildung 4.3). Der Begriff ist bei Männern in etwas geringfügigerem Rahmen, dafür etwas ausgeprägter bei den jüngeren Altersgruppen bekannt. Deutliche Unterschiede zeigen sich hingegen beim Bildungsniveau, der Anzahl genutzter Informationsquellen und der Sprachregion: Personen mit einem hohen Bildungsniveau, die eine grosse Anzahl unterschiedlicher Informationsquellen konsumieren und in der französischsprachigen Schweiz leben, kennen den Begriff deutlich häufiger. Kaum relevante Unterschiede gibt es jedoch zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung oder bei der Nähe zu den einzelnen Parteien. Einzig unter den Wähler:innen der Grünen scheint der Begriff «Suffizienz» eine deutlich höhere Bekanntheit zu geniessen.

Abbildung 4.3: Bekanntheit des Begriffs «Suffizienz» nach soziodemografischen und politischen Aspekten

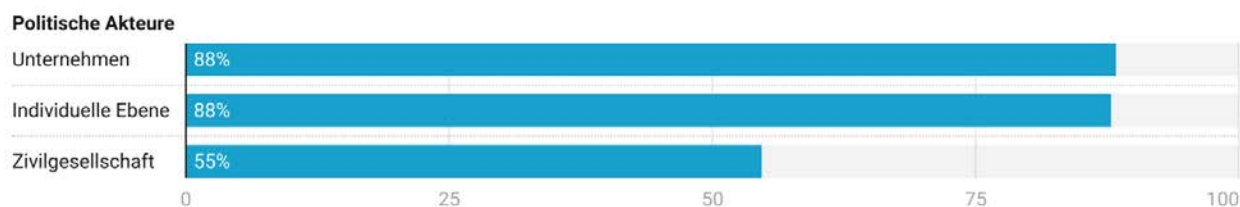
Haben Sie im Zusammenhang mit dem Thema Klimawandel bereits vom Begriff der Suffizienz gehört?	
Geschlecht	
Mann	40%
Frau	31%
Alter	
18-24	40%
25-34	42%
35-44	48%
45-54	33%
55-64	36%
65+	31%
Bildungsabschluss	
Niedrig	25%
Mittel	35%
Hoch	52%
Sprache	
DE	31%
FR	56%
Wohnort	
Landgemeinde/Dorf	35%
Agglomerationsgemeinde	35%
Städtisch/urban	41%
Politisches Interesse	
Tief	29%
Hoch	38%
Parteinähe	
Mitte	33%
FDP	39%
SVP	32%
SP	37%
Grüne	50%
GLP	34%
Anzahl benutzter Informationsquellen	
Niedrig	28%
Mittel	35%
Hoch	49%
Anzahl benutzter digitaler Informationsquellen	
Keine	27%
Niedrig	38%
Hoch	50%
Pro-Klima-Index	
Tief	34%
Mittel	36%
Hoch	41%

N=1'805; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

5 Generelle Positionen zu klimapolitischen Massnahmen

Um Verhaltensänderungen im Sinne des Suffizienz-Ansatzes und somit auch Wirkung auf den Klimawandel zu erzielen, bedingt es Engagement sowie Verantwortungsübernahme. Dies nicht nur in Politik und Wirtschaft, sondern auch durch die Bevölkerung selbst. In der Umfrage wurde danach gefragt, von wem bzw. von welchen Akteuren ein solches Engagement zur Erreichung der Schweizer Klimaziele als besonders wichtig und wirkungsvoll erachtet wird. Eine grosse Mehrheit von 88% der Befragten ist der Meinung, dass diesbezüglich den Unternehmen eine zentrale Rolle zukommt, während die Zivilgesellschaft nur von rund der Hälfte der Befragten in die Verantwortung genommen wird (vgl. Abbildung 5.1). Ebenfalls 88% sehen die Verantwortung zur Erreichung der Klimaziele auf individueller Ebene – d.h. auch bei sich selbst.

Abbildung 5.1: Verantwortung für klimapolitisches Engagement nach politischen Akteuren



N=1'985-1'956; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

Bei der Beurteilung dieser Resultate sind jedoch die konkreten Formulierungen der Antwortoptionen in der Umfrage zu beachten. Diese lauteten wie folgt:

- «Bei den Unternehmen (z.B. über Umstellung auf nachhaltigere Produktionswege)»
- «Auf zivilgesellschaftlicher Ebene (z.B. mit Kundgebungen oder Diskussionsanlässen)»
- «Bei uns allen auf individueller Ebene (z.B. mit klimafreundlicherem Konsumverhalten basierend auf Eigeninitiative/Eigenverantwortung)».

Bei der zivilgesellschaftlichen Ebene wurden als Beispiele für deren Engagement Kundgebungen und Diskussionsanlässe genannt. Der Verweis auf einen eher aktivistischen (und somit auch polarisierenden) Ansatz – im Zeitraum der Befragung waren die sogenannten Klimakleber-Aktionen in aller Munde – könnte einer der Gründe dafür sein, dass nur gerade 55% der Befragten der Meinung sind, dass zivilgesellschaftliches Engagement besonders wichtig bzw. wünschenswert sei. In diese Richtung deuten auch die Resultate in Abbildung 5.2, in der die Antworten aufgeschlüsselt nach Bevölkerungs- und Wählergruppen dargestellt sind. So zeigen sich zwar bei den Wähler:innen aller Parteien bei der Zivilgesellschaft deutlich tiefere Werte als bei den Unternehmen und der individuellen Ebene, doch fallen die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien sehr deutlich aus. Während bei den Wähler:innen der Grünen der Anteil derjenigen, die ein sich ein klimapolitisches Engagement der Zivilgesellschaft wünschen, hohe 85% beträgt, liegt der Wert bei den FDP- und SVP-Wähler:innen bei nur noch 47 bzw. 32%. Gerade der Rückgang bei den FDP-Wähler:innen von jeweils gut 90%, die sich ein Engagement der Unternehmen und auf der individuellen Ebene wünschen auf nur noch 47%, die dies bei der Zivilgesellschaft tun, stellt ein Indiz dafür dar, dass wohl mit der Nennung von Kundgebungen und aktivistischen Ansätzen in der Antwortoption der Umfrage ein Aspekt angesprochen wurde, bei dem anfängliche Sympathie für klimapolitisches Engagement in eine entgegengesetzte Richtung umschlagen kann.

Abbildung 5.2: Verantwortung für klimapolitisches Engagement nach Akteuren

	Unternehmen	Zivilgesellschaft	Individuelle Ebene
Geschlecht			
Mann	86%	49%	85%
Frau	93%	63%	93%
Alter			
18-24	91%	71%	87%
25-34	84%	64%	84%
35-44	87%	58%	84%
45-54	88%	55%	84%
55-64	90%	50%	90%
65+	89%	48%	92%
Bildungsabschluss			
Niedrig	86%	51%	87%
Mittel	89%	53%	86%
Hoch	91%	61%	90%
Sprache			
DE	88%	55%	88%
FR	89%	53%	89%
Wohnort			
Landgemeinde/Dorf	88%	51%	88%
Agglomerationsgemeinde	88%	53%	88%
Städtisch/urban	90%	63%	88%
Politisches Interesse			
Tief	90%	54%	87%
Hoch	88%	55%	88%
Parteinähe			
Mitte	94%	58%	90%
FDP	89%	47%	90%
SVP	74%	32%	76%
SP	96%	75%	93%
Grüne	96%	85%	94%
GLP	99%	67%	97%
Anzahl benutzte Informationsquellen			
Niedrig	84%	55%	82%
Mittel	89%	52%	90%
Hoch	91%	61%	89%
Anzahl benutzte digitale Informationsquellen			
Keine	88%	49%	87%
Niedrig	89%	58%	90%
Hoch	88%	58%	86%
Pro-Klima-Index			
Tief	74%	27%	74%
Mittel	96%	60%	93%
Hoch	97%	79%	97%

N=1'985-1'956; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

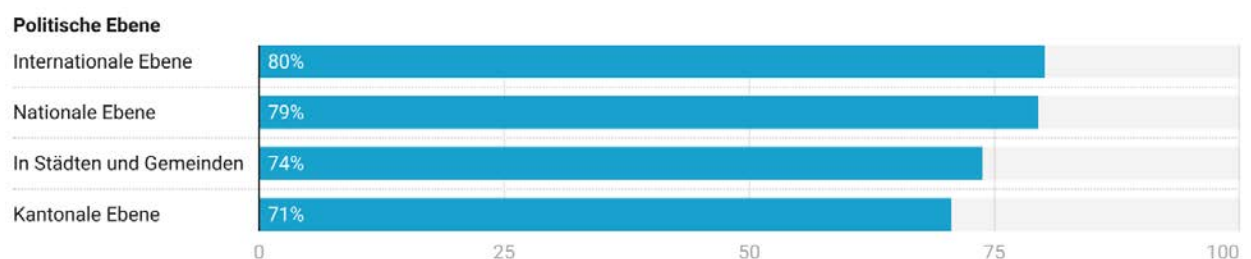
Auch bezüglich des sehr hohen Anteils von 88% der Befragten, die die Verantwortung zur Erreichung der Klimaziele auf der individuellen Ebene verorten, dürfte die Nennung des konkreten Beispiels in der Antwortoption eine Rolle spielen. Der hohe Wert steht nämlich etwas im Widerspruch mit den Ergebnissen betreffend die Unterstützung konkreter Massnahmen, die im Abschnitt 7 vorgestellt werden und

deutlich tiefer ausfallen. Eine mögliche Erklärung dafür liegt zum einen darin, dass die Frage hier abstrakt und ganz allgemein gestellt worden ist. Zum anderen dürfte auch der ausdrückliche Verweis auf die Eigeninitiative bzw. die Eigenverantwortung in der Formulierung der entsprechenden Antwortoption dafür sorgen, dass vielen die Zustimmung einfacher fällt. Auch hier wird diese Interpretation durch die Werte der einzelnen Parteiwähler:innen in Abbildung 5.2 gestützt. So sind die FDP-Wähler:innen zu 90% der Meinung, dass individuelles Engagement besonders wichtig ist. Ohne den ausdrücklichen Verweis auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung wäre der Wert allenfalls spürbar tiefer ausgefallen.

Bezüglich der Zivilgesellschaft fällt bei der Aufschlüsselung nach Bevölkerungsgruppen – abgesehen von den generell tieferen Werten – vor allem auf, dass wiederum die stärksten Ausschläge bei den Parteiwähler:innen zu finden sind. Es sind auch hier wieder die SVP-Wähler:innen, die die deutlich tiefsten Werte aufweisen. Hingegen ist überraschend, dass die SVP- und die FDP-Wähler:innen mit 74% und 89% sehr deutlich der Meinung sind, dass die Verantwortung zur Erreichung der Klimaziele (auch) bei den Unternehmen liegt. Die entsprechenden Werte liegen bei den Wähler:innen der übrigen Parteien zwar noch höher, aber vor dem Hintergrund, dass die SVP und die FDP sehr wirtschaftsnahe Positionen vertreten, kommt dieses Resultat doch etwas unerwartet.

Bezüglich der Frage auf welcher politischen Ebene ein klimapolitisches Engagement notwendig ist, wird die Verantwortung von den Umfrageteilnehmenden primär auf internationaler (80%) und nationaler Ebene (79%) verortet und etwas weniger auf kantonaler (71%) oder lokaler Ebene (74%) (vgl. Abbildung 5.3). Da die Unterschiede nicht sonderlich ausgeprägt ausfallen und alle vier Ebenen zudem deutliche Mehrheiten erreichen, kann man davon ausgehen, dass die Bevölkerung alle staatlichen Ebenen praktisch gleichermassen in der Verantwortung sieht.

Abbildung 5.3: Verantwortung für klimapolitisches Engagement nach politischen Ebenen



N=1'985-1'956; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

Aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigen sich grundsätzlich eher geringe Unterschiede (vgl. Abbildung 5.3): Frauen weisen überall etwas höhere Werte auf als Männer, wie auch französischsprachige Schweiz im Vergleich zur Deutschschweiz. Ein höherer Bildungsabschluss und ein städtischer Wohnort gehen in der Regel ebenso mit einer höheren Verantwortungszuweisung einher. Dieses Antwortmuster zeigte sich im Übrigen bereits bei den Antworten bezüglich des Engagements der verschiedenen Akteure (vgl. Abbildung 5.2) und dürfte ein wiederkehrendes Muster darstellen.

Die stärksten Differenzen sind wiederum bei den Parteizugehörigkeiten zu verorten und es sind wieder die SVP-Wähler:innen, die sich in ihren Antworten deutlich von denjenigen der anderen Wähler:innen absetzen. Sie zeigen wieder ihre unter allen Parteien skeptischste Position bezüglich Klimawandel und Massnahmen zu dessen Bekämpfung und weisen entsprechend durchwegs die klar tiefsten Werte bezüglich Verantwortungszuschreibung auf.

Abbildung 5.4: Verantwortung für klimapolitisches Engagement nach politischer Ebene

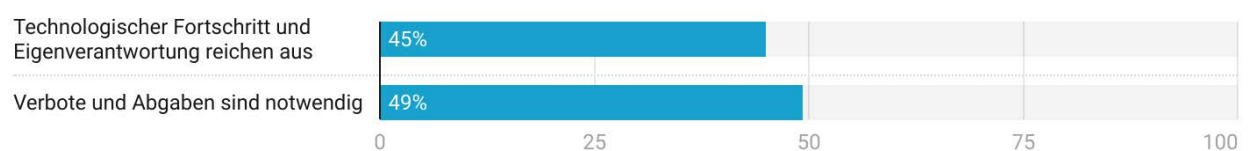
	Internationale Ebene	Nationale Ebene	Kantonale Ebene	Lokale Ebene
Geschlecht				
Mann	77%	76%	65%	69%
Frau	85%	85%	79%	81%
Alter				
18-24	81%	85%	75%	72%
25-34	79%	81%	72%	69%
35-44	76%	80%	73%	78%
45-54	81%	80%	71%	76%
55-64	77%	76%	67%	74%
65+	84%	79%	70%	73%
Bildungsabschluss				
Niedrig	81%	75%	69%	72%
Mittel	78%	79%	70%	72%
Hoch	81%	86%	74%	78%
Sprache				
DE	80%	80%	68%	73%
FR	81%	79%	79%	77%
Wohnort				
Landgemeinde/Dorf	78%	76%	66%	69%
Agglomerationsgemeinde	79%	79%	71%	72%
Städtisch/urban	84%	86%	77%	82%
Politisches Interesse				
Tief	79%	78%	70%	75%
Hoch	80%	80%	71%	74%
Parteinähe				
Mitte	86%	85%	76%	77%
FDP	84%	86%	75%	72%
SVP	63%	53%	42%	52%
SP	90%	94%	89%	89%
Grüne	90%	97%	93%	94%
GLP	93%	98%	91%	92%
Anzahl benutzte Informationsquellen				
Niedrig	73%	72%	66%	73%
Mittel	83%	81%	72%	74%
Hoch	81%	84%	73%	76%
Anzahl benutzte digitale Informationsquellen				
Keine	80%	78%	70%	74%
Niedrig	81%	80%	71%	75%
Hoch	79%	82%	72%	73%
Pro-Klima-Index				
Tief	62%	53%	40%	48%
Mittel	88%	90%	81%	83%
Hoch	91%	97%	92%	92%

N=1'985-1'956; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

Ein wiederkehrender Streitpunkt innerhalb der klima- und umweltpolitischen Debatten in der Schweiz dreht sich um die grundsätzliche Stossrichtung geplanter Massnahmen: Soll hauptsächlich auf eine erhöhte Effizienz durch technologischen Fortschritt und eine Stärkung der Eigenverantwortung zur Erreichung von Klima- und Umweltzielen gesetzt werden, oder soll stärker auf Verbote und Abgaben gesetzt werden, um diese zu erreichen?

In der Umfrage wurde nach der Zustimmung/Ablehnung zu diesen beiden grundsätzlichen Stossrichtungen gefragt.⁵ Wichtig ist zu beachten, dass dies in zwei getrennten Fragen und nicht als gegensätzliche Positionen im Rahmen einer einzigen Frage geschah. Der Aussage, dass technologischer Fortschritt und Eigenverantwortung ausreichen, um die Herausforderungen durch den Klimawandel anzugehen, unterstützen 45% der Befragten. Interessanterweise erzielt die Aussage, dass Verbote und Abgaben dazu notwendig sind, mit 49% sogar eine leicht höhere Zustimmung (vgl. Abbildung 5.4). Allerdings stösst keiner der beiden Ansätze mehrheitlich auf Zustimmung, was die bereits zuvor gemachte Feststellung bestätigt, dass sich die Akzeptanz von Massnahmen gegen den (grossmehrheitlich akzeptierten) Klimawandel verringert, sobald die Massnahmen konkreter und die persönlichen Einschränkungen sichtbarer werden.

Abbildung 5.5: Zustimmung zu Aussagen bezüglich Bekämpfung des Klimawandels



N=1'921-1'951; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

Zu Beginn dieses Abschnitts konnte aufgezeigt werden, dass 88% der Bevölkerung der Meinung sind, dass klimapolitisches Engagement auf der individuellen Ebene (Bürger:innen) besonders wichtig ist (vgl. Abbildung 5.1). Für 45% der Befragten reichen dazu Eigenverantwortung und technologischer Fortschritt aus, während 49% einer Politik zustimmen, die Verbote und Abgaben vorsieht. Diese Ergebnisse können als Spiegelbild der aktuellen Schweizer Klimapolitik betrachtet werden, in der jeweils keine der beiden Stossrichtungen eine stabile Mehrheit der Bevölkerung erreichen kann.

Aufgeschlüsselt nach Bevölkerungsgruppen zeigen sich teilweise deutlichere Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen als in den bisher präsentierten Analysen (vgl. Abbildung 5.5). So fallen die Zustimmungswerte zwischen Männern und Frauen bei der Beurteilung, ob Eigeninitiative und technologischer Fortschritt genügen, mit 50 zu 37% ungewohnt deutlich aus. Die Bereitschaft zu Verboten und Abgaben fällt bei den jüngeren Altersgruppen deutlich höher aus als bei den älteren Generationen und auch der Stadt-Land-Graben zeigt sich deutlicher als bei den bisherigen Auswertungen. Wenig überraschend zeigen sich die mitunter deutlichsten Unterschiede wiederum zwischen den verschiedenen Parteiwähler:innen. Während die Wähler:innen der Grünen zu 80% Verbote und Abgaben unterstützen, sind es nur 24% der SVP-Wähler:innen. Dazwischen liegen die GLP mit 74%, die SP (66%), die Mitte (49%) und die FDP (45%).

In Bezug auf die Aussage, dass technologischer Fortschritt und Eigenverantwortung ausreichen, ist die Zuteilung gegenläufig. Hier sticht die SVP mit dem höchsten Wert heraus (67%), gefolgt von der FDP (50%), Mitte (40%), SP (31%), Grüne (29%) und GLP (22%).

⁵ An dieser Stelle nicht abgefragt wurde die Haltung zu einer dritten möglichen Stossrichtung: Den Fokus auf finanzielle Anreize durch den Staat (Subventionen, Steuervergünstigungen etc.). Dies stellt gewissermassen eine Lücke dar und sollte bei zukünftigen Studien im Fragenkatalog berücksichtigt werden.

Abbildung 5.6: Zustimmung zu Aussagen wie der Klimawandel bekämpft werden soll

	Technologischer Fortschritt und Eigenverantwortung reichen aus	Es braucht Verbote und Abgaben
Geschlecht		
Mann	50%	47%
Frau	37%	53%
Alter		
18-24	42%	68%
25-34	51%	60%
35-44	48%	58%
45-54	39%	50%
55-64	45%	41%
65+	45%	42%
Bildungsabschluss		
Niedrig	47%	46%
Mittel	44%	47%
Hoch	43%	56%
Sprache		
DE	47%	52%
FR	39%	41%
Wohnort		
Landgemeinde/Dorf	48%	45%
Agglomerationsgemeinde	44%	49%
Städtisch/urban	42%	58%
Politisches Interesse		
Tief	39%	51%
Hoch	46%	49%
Parteinähe		
Mitte	40%	49%
FDP	50%	45%
SVP	67%	24%
SP	31%	66%
Grüne	29%	80%
GLP	22%	74%
Anzahl benutzte Informationsquellen		
Niedrig	46%	44%
Mittel	44%	50%
Hoch	45%	53%
Anzahl benutzte digitale Informationsquellen		
Keine	41%	45%
Niedrig	45%	53%
Hoch	50%	51%

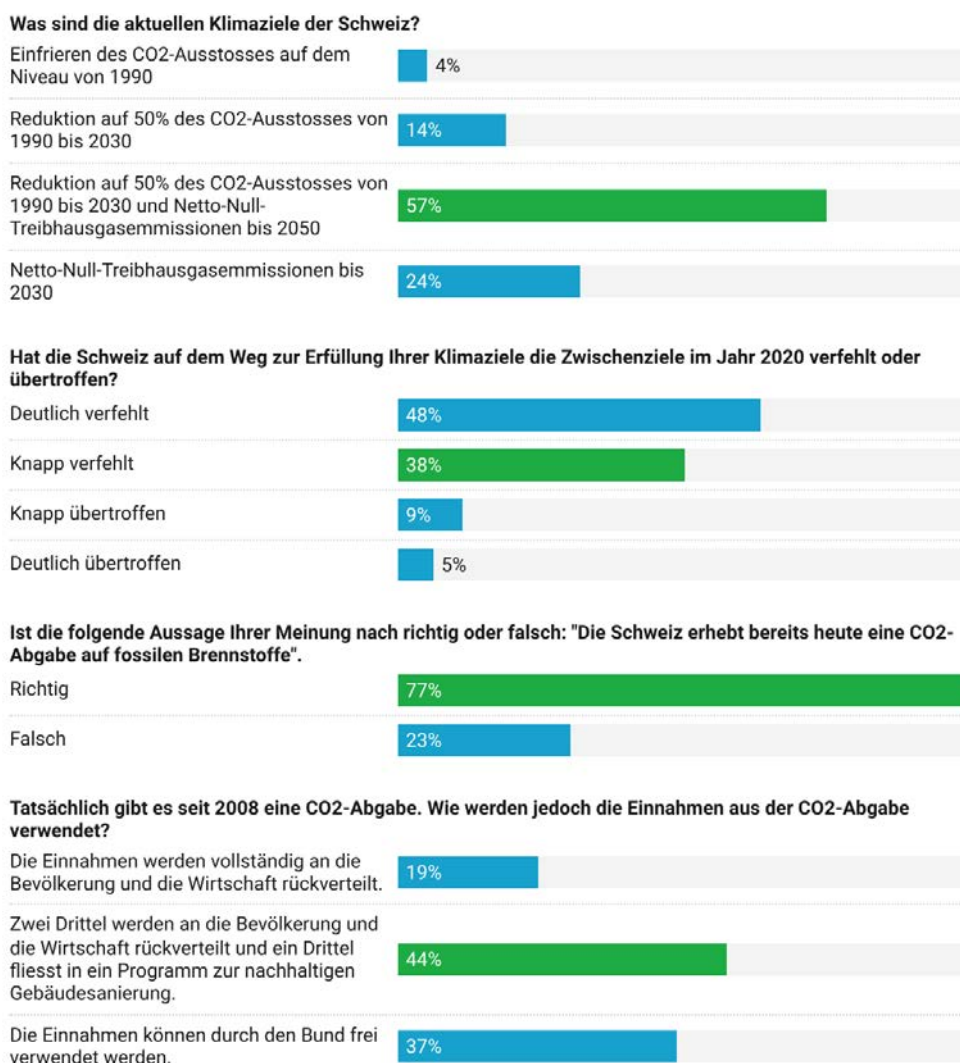
N=1'921-1'951; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

6 Wissen über Suffizienz und klimapolitischen Massnahmen

Neben den Positionen zu Klimawandel und Klimapolitik wurde in der Umfrage auch der Frage nachgegangen, wie gut die Schweizer Bevölkerung über diesen Themenbereich Bescheid weiss. Dieser Wissensstand wurde anhand von fünf Fragen erhoben. Einige der Fragen wurden aus ähnlichen früheren Studien übernommen (Mildenberger et al. 2022, gfs-zürich 2022). Die Angaben in den Fragen selbst stammen aus Dokumenten des Bundesamtes für Umwelt, des Bundesrates und in einem Fall von Swissscleantec. Die korrekte Antwort der ersten vier Fragen ist jeweils grün markiert (vgl. Abbildung 6.1).

Insgesamt kann das «Klima-Wissen» der Schweizer Bevölkerung als ausreichend bezeichnet werden. Von den ersten vier Fragen wurden drei mehrheitlich korrekt beantwortet. Nur die Frage, ob die Schweiz die gesetzten Klimaziele erfüllt oder nicht, konnte von der Mehrheit nicht korrekt beantwortet werden.

Abbildung 6.1: Wissensfragen zur Schweizer Klimapolitik



N=1'345-1'681; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

Bei der fünften Frage mussten die vier Bereiche «Verkehr (ohne internationalen Flug- und Schiffsverkehr)», «Gebäude», «Industrie» sowie «Landwirtschaft und Abfallbehandlung» in eine Rangreihenfolge gemäss ihres Anteils am CO₂-Ausstoss der Schweiz gebracht werden. Die Aufgabe war zugegebenermassen nicht ganz einfach, da zwar der Verkehr mit einem Anteil von 33% zwar deutlich obenaus

schwingt, die anderen drei Bereiche jedoch mehr oder weniger gleichauf liegen – Gebäude und Industrie mit jeweils 23% sowie die Landwirtschaft mit 21%.

Dennoch haben lediglich 20% den Verkehr korrekterweise auf Platz 1 gesetzt, während über 53% die Industrie als primären Verursacher der CO₂-Emissionen betrachteten. Das Bild rauchender Fabrikschlote scheint nach wie vor seine Wirkung zu entfalten. Ebenso erstaunlich ist, dass offenbar die Emissionen des Gebäudebereichs (Bau und Heizungen) mit grossem Abstand am häufigsten auf Rang 4 gesetzt worden ist und somit tendenziell unterschätzt wird.

Abbildung 6.2: CO₂-Emissionen nach Sektoren

	Rang 1 (33%)	Rang 2 (23%)	Rang 2 (23%)	Rang 4 (21%)
Verkehr (ohne int. Flug-/Schiffsverkehr)	20,1	36,3	28,3	15,3
Gebäude	11,5	15,6	25,5	47,4
Industrie	53,4	25,1	13,8	7,6
Landwirtschaft und Abfallbehandlung	15,0	22,9	32,4	29,7

N=1'996; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

Um einen etwas einfacher zugänglichen Vergleich des Wissensstandes zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen zu erlauben, wurde ein einfacher Index des Klima-Wissens berechnet. Bei dessen Berechnung wird jede korrekte Antwort mit einem Punkt bewertet, wobei bei der letzten Frage lediglich die korrekte Position des Verkehrs auf Rang 1 genannt werden muss, um als korrekte Antwort eingestuft zu werden. So ergeben sich Index-Werte zwischen 0 und 5 Punkten. Zusätzlich wurden drei Kategorien des Wissensstandes definiert: «Tief» (0 bis 1 Punkt), «Mittel» (2 Punkte) und «Hoch» (3 bis 5 Punkte).⁶

Im Vergleich der Bevölkerungsgruppen (vgl. Abbildung 6.3) zeigen sich weder bei den Sprachregionen noch beim Wohnort (Stadt-Land) grössere Unterschiede. Auch bezüglich der benutzten Informationsquellen präsentiert sich ein recht ausgeglichenes Bild. Mit zunehmender Bildung nimmt auch das Klima-Wissen zu, wobei die Unterschiede kaum ins Gewicht fallen. Erstaunlich ist hingegen, dass der Pro-Klima-Index kaum einen Einfluss auf den Klima-Wissensstand hat. So erweisen sich diejenigen, die den Klimawandel anerkennen und sich generell für einschneidende Massnahmen aussprechen, als nicht besser informiert als die «Klima-Skeptiker» und Gegner von Klimamassnahmen. Ebenfalls als überraschend erweist sich der Umstand, dass zwischen den Parteiwähler:innen keine nennenswerten Unterschiede bestehen und sich für einmal auch die SVP-Wähler:innen nicht von den übrigen Wählergruppen unterscheiden.

Grössere Unterschiede zeigen sich hingegen zwischen den Geschlechtern und den Altersgruppen. Frauen schneiden deutlich schlechter ab als Männer, wie auch die jüngeren Altersgruppen einen tieferen Wissensstand aufweisen als die älteren. Besonders deutlich fällt dies bei den 18-24jährigen auf, die mit einem mehrheitlich tiefen Klima-Wissen sehr schlecht abschneiden. Schliesslich zeigt sich, dass das politische Wissen sehr deutlich mit dem Wissen zu Klimawandel und Klimapolitik einhergeht. Wer über ein gutes politisches Wissen verfügt, weist auch ein deutlich besseres Klima-Wissen auf.

⁶ Dieser Index wurde als ein relatives Mass des Klimawissens definiert. D.h. es wurde darauf geachtet, dass alle drei Kategorien («tief», «mittel» und «hoch») aus ungefähr gleich vielen Umfrageteilnehmenden bestehen. Daher wurden auch Personen mit einem Indexstand von drei Punkten bereits der Kategorie «hoch» zugewiesen. Die Index-Kategorie «hoch» beinhaltet somit das Drittel der Umfrageteilnehmenden mit den höchsten Punktezahlen.

Abbildung 6.3: Stand des Klima-Wissens in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	Tief	Mittel	Hoch
Insgesamt	39,7%	30,5%	29,8%
Geschlecht			
Mann	34,1%	31,7%	34,2%
Frau	48,3%	28,7%	23,0%
Alter			
18-24	54,5%	25,5%	20,0%
25-34	42,0%	29,9%	28,2%
35-44	38,8%	31,3%	29,9%
45-54	40,3%	30,7%	29,0%
55-64	40,7%	30,7%	28,6%
65+	34,2%	31,5%	34,3%
Bildungsabschluss			
Niedrig	41,7%	31,3%	27,0%
Mittel	39,2%	31,1%	29,7%
Hoch	37,7%	29,0%	33,3%
Sprache			
DE	39,3%	30,7%	30,0%
FR	41,1%	29,8%	29,1%
Wohnort			
Landgemeinde/Dorf	39,3%	31,9%	28,8%
Agglomerationsgemeinde	37,1%	28,8%	34,0%
Städtisch/urban	42,8%	29,7%	27,5%
Politisches Interesse			
Tief	51,4%	28,0%	20,6%
Hoch	37,1%	31,1%	31,8%
Parteinähe			
Mitte	36,3%	30,9%	32,8%
FDP	34,9%	28,3%	36,8%
SVP	38,8%	33,1%	28,1%
SP	42,8%	30,9%	26,3%
Grüne	44,6%	30,0%	25,4%
GLP	40,6%	29,2%	30,2%
Anzahl benutzte Informationsquellen			
Niedrig	40,8%	30,5%	28,6%
Mittel	38,0%	31,0%	30,9%
Hoch	40,9%	29,7%	29,5%
Anzahl benutzte digitale Informationsquellen			
Keine	36,3%	33,2%	30,5%
Niedrig	39,9%	29,7%	30,3%
Hoch	42,3%	28,6%	29,1%
Pro-Klima-Index			
Tief	41,6%	31,1%	27,3%
Mittel	35,2%	32,4%	32,4%
Hoch	40,1%	28,5%	31,4%

N=1'996; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.

Teil II – Analyse der Suffizienz-Massnahmen

7 Politische Unterstützung von Suffizienz-Massnahmen

Im ersten Teil der vorliegenden Studie wurde anhand einer umfassenden Literaturrecherche, ausführlichen Interviews mit Experten:innen sowie jeweils einem physischen und einem Online-Partizipationsanlass mit Bürger:innen ein Katalog an möglichen Massnahmen zur Etablierung und Stärkung des Suffizienz-Konzepts in Wirtschaft und Gesellschaft erarbeitet (vgl. Abschnitt 2). Auf diese Weise kamen über 120 Ideen für konkrete Massnahmen zusammen. All diese Vorschläge in einer Umfrage auf ihre Zustimmung bzw. Ablehnung in der Bevölkerung zu prüfen, war im Rahmen dieser Studie unrealistisch. Daher wurde durch das Projektteam ein auf 43 Vorschläge gekürzter Massnahmenkatalog zusammengestellt.

In Tabelle 7.1 sind diese Massnahmen gemäss ihrer Zustimmungswerte, die sie in der Umfrage erzielt haben, in absteigender Reihenfolge aufgeführt. Zusätzlich enthält die Tabelle Angaben zur Art der Massnahme (z.B. ob es sich um eine Information, ein Verbot oder einen monetären Anreiz handelt) und zur «Betroffenheit». Darunter wird das Ausmass verstanden, in dem durchschnittliche Bürger:innen in ihrem Alltag durch die Massnahme tangiert werden. Diese Betroffenheit kann sich in Form höherer Kosten (monetär oder auch zeitlich), einer reduzierten Auswahl oder Verfügbarkeit von Produkten und Dienstleistungen sowie genereller Anpassungen des bisherigen (Konsum-)Verhaltens bemerkbar machen. Hier gilt es zu beachten, dass der Fokus auf negativen Auswirkungen liegt, da diese für die Zustimmungswerte der Massnahmen von besonderer Bedeutung sind. Selbstverständlich gäbe es je nach Massnahme auch Bürger:innen, die von dieser profitieren würden. Eine solche «positive Betroffenheit» wird an dieser Stelle nicht berücksichtigt. Die Massnahmen wurden in drei Kategorien eingeteilt und codiert: geringe negative Betroffenheit (kaum Anpassung nötig) (0), mittlere Betroffenheit (gewisse Anpassung nötig) (1), und starke Betroffenheit (Anpassungen in grösserem Umfang) (2).

Bezüglich der Interpretation der Zustimmungswerte muss auf die Grenzen ihrer Aussagekraft hingewiesen werden. Limitiert sind sie insofern, als dass sie keinesfalls mit tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen bei allfälligen Volksabstimmungen gleichgesetzt werden dürfen. Die Resultate dieser Studie basieren zwar auf einer repräsentativen Umfrage und stehen nicht zuletzt aufgrund der bewusst hoch gehaltenen Anzahl an Teilnehmenden auf einer sehr soliden Basis, doch können sie nicht die Effekte des Meinungsbildungsprozesses im Vorfeld von Abstimmungen berücksichtigen – und diese Effekte sind beträchtlich. Betrachtet man die Umfragen, die jeweils in mehreren Wellen vor den Abstimmungen publiziert werden, so ergibt sich regelmässig das folgende Bild: In der ersten Umfragewelle, noch bevor die Abstimmungskampagnen der Parteien oder Verbände begonnen haben, erzielen Initiativen hohe Zustimmungswerte – oft von 60 oder gar 70 Prozent. Je näher der Abstimmungstermin rückt, umso tiefer fällt die Zustimmung aus und dreht oft sogar noch in eine Ablehnung.

Ähnlich dürfte es auch vielen der in dieser Studie untersuchten Massnahmenvorschläge im Fall einer Volksabstimmung ergehen. Da zu vielen dieser Vorschläge noch keine breite öffentliche Diskussion, in der auch auf die Details der Ausgestaltung und einer allfälligen Umsetzung eingegangen würde, stattgefunden hat. Zudem werden die Parolen und Positionsbezüge der Verbände und insbesondere der politischen Parteien erst im Vorfeld einer Abstimmungskampagne (offiziell) bekannt, was die Meinungsbildung ebenfalls beeinflusst und sich auf die Zustimmungswerte der Massnahmen auswirken würde. Auf diese Aspekte wird in den Abschnitten 8.1 und 8.4 etwas detaillierter eingegangen. Insgesamt ist somit festzuhalten, dass die Ergebnisse der vorliegenden Studie zwar ein allgemeines Meinungsbild wiedergeben, aber nicht als Prognose für einen allfälligen Abstimmungsausgang verstanden werden sollen.

Vor diesem Hintergrund sollten die Zustimmungswerte in der Tabelle 7.1 nicht als gefestigte Positionsbezüge, sondern eher als grundsätzliche Einstellung der Bevölkerung – vergleichbar mit den Ergebnissen der jeweils ersten Umfragewellen vor Abstimmungen – verstanden werden.

Tabelle 7.1: Zustimmung zum vorgeschlagenen Suffizienz-Massnahmenkatalog

Rang	Massnahmen-Vorschlag	Art der Massnahme	Zustimmung (%)	Betroffenheit
1	Sollen Themen wie der Ressourcenverbrauch und andere ökologische Aspekte in der Berufsbildung (z.B. bei der Landwirtschaft, Gastronomie, Hauswirtschaft oder Lebensmitteltechnologie) mehr Gewicht erhalten?	Information/Bildung/Sensibilisierung	87.0	0
2	Befürworten Sie staatliche Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten (z.B. Recht auf Reparatur, Verlängerung der Garantiefristen, längere Mindestzeiten für Software-Updates)?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	85.5	0
3	Braucht es eine breite öffentliche Sensibilisierungskampagne, um auf Food Waste aufmerksam zu machen?	Information/Bildung/Sensibilisierung	82.5	0
4	Befürworten Sie den Ausbau von internationalen Nacht- und Fernverbindungsziügen?	Subvention	81.8	0
5	Sollen die Gesetze so angepasst werden, dass leerstehende Gebäude einfacher für Zwischennutzungen verwendet werden können?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	80.1	0
6	Soll dem Themenbereich "Nachhaltige Entwicklung" in den Lehrplänen der Volks-, Maturitäts- und Berufsschulen mehr Gewicht eingeräumt werden?	Information/Bildung/Sensibilisierung	79.8	1
7	Soll bei öffentlichen Beschaffungen das Kriterium der Nachhaltigkeit mehr Gewicht erhalten (z.B. im Verhältnis zu den offerierten Preisen)?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	79.5	0
8	Sollen Landwirtschaftsbetriebe bei einer Umstellung auf eine umfassend nachhaltigere Produktionsweise finanziell stärker unterstützt werden?	Subvention	79.0	1
9	Würden Sie ein Verbot von Einwegplastik und nicht-rezyklierbaren Kunststoffen befürworten?	Verbot	78.2	1
10	Soll die Schweiz ihre Aussenhandelsabkommen stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	77.0	0
11	Soll das Ablaufdatum auf unkritischen Lebensmitteln durch ein Herstellungsdatum ersetzt werden?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	76.4	0
12	Sollen die Landwirtschaft, der Gross- und Detailhandel sowie die Gastronomie verpflichtet werden, über den Umfang der weggeworfenen Lebensmittel und die zur Vermeidung von Food Waste getroffenen Massnahmen zu informieren?	Information/Bildung/Sensibilisierung	75.2	0
13	Sollen umfassend nachhaltige Neu- und Umbauten (bzgl. Energieeffizienz, Wasserverbrauch, Baumaterial) finanziell vom Staat unterstützt werden?	Subvention	74.4	0
14	Soll die intensive landwirtschaftliche Tierhaltung (viele Tiere auf wenig Raum) verboten werden?	Verbot	72.5	1
15	Befürworten Sie den Ausbau von Car-Sharing-Angeboten?	Subvention	72.2	0
16	Soll bei Lebensmitteln umfassend deklariert werden müssen, wie sich deren Produktion auf die Umwelt und das Tierwohl auswirkt?	Information/Bildung/Sensibilisierung	71.3	0
17	Soll sich die Schweiz auf internationaler Ebene für eine Landwirtschaftspolitik einsetzen, die stärker auf die UNO-Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet ist?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	69.9	0

Rang	Massnahmen-Vorschlag	Art der Massnahme	Zustimmung (%)	Betroffenheit
18	Soll Werbung für besonders klimaschädliche Produkte verboten werden?	Verbot	68.3	0
19	Soll der Staat allen Familien Zugang zu bezahlbarer familienergänzender Kinderbetreuung garantieren?	Subvention	67.8	0
20	Sollen beleuchtete Werbetafeln verboten werden?	Verbot	67.5	0
21	Soll beim Abriss eines Gebäudes zuerst der Nachweis erbracht werden müssen, dass der Abriss ökologischer als eine Sanierung ist?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	63.3	1
22	Soll der Bund darauf verzichten, Werbung für Fleischprodukte finanziell zu unterstützen?	Subvention (Streichung)	62.9	1
23	Sollen Bund und Kantone mehr finanzielle Mittel für den Ausbau von Fussgänger- und Fahrradwegen bereitstellen?	Subvention	62.6	0
24	Soll die Steuerbefreiung von Kerosin für den Flugverkehr aufgehoben werden?	Subvention (Streichung)	60.2	1
25	Befürworten Sie die Einführung einer CO2-Importsteuer? Importierte Produkte würden gemessen an ihrem ökologischen Fussabdruck bei Herstellung und Transport besteuert.	Finanzieller Anreiz	59.6	1
26	Befürworten Sie die finanzielle Unterstützung für den Ausbau von Co-Working-Räumlichkeiten ausserhalb der Städte?	Subvention	59.1	0
27	Würden Sie es befürworten, wenn beim Kauf eines elektronischen Geräts ein Depot bezahlt werden müsste, das bei dessen Rückgabe/Entsorgung zurückerstattet wird?	Finanzieller Anreiz	58.7	1
28	Soll der Bau von Tiny Houses als Kleinwohnform stärker gefördert werden?	Subvention	58.1	0
29	Soll das kostenlose Retournieren von Waren im Online-Handel verboten werden?	Verbot	58.0	2
30	Soll eine CO2-Abgabe auf alle Produkte und Dienstleistungen eingeführt werden, die den verursachten Emissionen entspricht, und die als Pro-Kopf-Beitrag der Bevölkerung zurückerstattet wird?	Finanzieller Anreiz	56.4	1
31	Befürworten Sie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	56.1	0
32	Würden Sie die Einführung progressiver Preise im Flugverkehr begrüssen (je öfter man fliegt, umso stärker steigen die Preise)?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	56.0	2
33	Befürworten Sie die Einführung einer 35-Stunden-Arbeitswoche bei gleichbleibendem Lohn?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	53.4	0
34	Sollen tierisch hergestellte Lebensmittel, Pflanzenschutzmittel und mineralische Düngemittel künftig mit dem normalen Steuersatz von 7.7% (statt dem reduzierten MwSt-Satz von 2.5%) besteuert werden?	Subvention (Streichung)	51.4	2
35	Soll es vermehrt regionale autofreie Tage (sogenannte Slow-ups) geben?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	47.5	2
36	Einführung progressiver Stromtarife	Finanzieller Anreiz	46.7	2
37	Soll ein Verbot für Tiefpreis-Rabatte auf tierische Produkte eingeführt werden?	Verbot	46.4	2
38	Sollte in Zukunft anstatt des Arbeitseinkommens der Verbrauch von nicht-erneuerbaren Ressourcen sowie entstehende Abfälle und Emissionen besteuert werden?	Finanzieller Anreiz	43.8	0

Rang	Massnahmen-Vorschlag	Art der Massnahme	Zustimmung (%)	Betroffenheit
39	Befürworten Sie die Einführung eines umfassenden Mobility Pricings sowohl für den öffentlichen als auch den Individualverkehr?	Finanzieller Anreiz	42.0	2
40	Soll eine öffentliche Fachstelle Beratungen dazu anbieten, wie die Pro-Kopf-Wohnfläche reduziert werden kann?	Information/Bildung/Sensibilisierung	38.3	0
41	Befürworten Sie die Einführung eines umfassenden Road Pricing für den Individualverkehr?	Finanzieller Anreiz	37.8	2
42	Soll ein Verbot für Kurzstreckenflüge (2-3h Flugzeit) eingeführt werden?	Verbot	34.2	2
43	Soll die Zahl der (öffentlichen und privaten) Parkplätze in den Stadtzentren verringert werden?	Vorgaben/Staatliche Regulierung	30.9	2

N=638-1'006; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Was an den Resultaten der Tabelle 7.1 auffällt, ist der grosse Streuungsbereich der Zustimmungswerte. Während der höchste Zustimmungswert bei 87% liegt, erreicht die am schlechtesten rangierte Massnahme knapp 31%. Zu erkennen ist ein Muster aufgrund des «Betroffenheits-Index» in der letzten Spalte: Mit zunehmender individueller Betroffenheit nimmt die Zustimmung zu einer Massnahme ab. Dieser Effekt, auch als «Not in my backyard»- bzw. NIMBY-Effekt bekannt, erscheint zwar alles andere als überraschend, allerdings ist die Deutlichkeit beträchtlich, in der er zu beobachten ist.

In die gleiche Richtung weist der Umstand, dass Massnahmen, die auf Sensibilisierung und bessere Information abzielen, mitunter die höchsten Zustimmungswerte aufweisen, was aufgrund der geringen individuellen Auswirkungen ebenfalls nicht überraschend ist. Eine Ausnahme stellt jedoch der folgende Vorschlag dar, der nur Rang 40 (von insgesamt 43) erreichte: «Soll eine öffentliche Fachstelle Beratungen dazu anbieten, wie die Pro-Kopf-Wohnfläche reduziert werden kann?». Erklärbar ist dies jedoch damit, dass eine Beratung bezüglich der Pro-Kopf-Wohnfläche als deutlich «übergriffiger» beurteilt wird als z.B. eine Sensibilisierungskampagne bzgl. Food Waste (Rang 3). Der Unterschied im Zustimmungswert zwischen diesen beiden Informationsmassnahmen liegt bei über 44 Prozentpunkten.

Dieser Betroffenheits-Effekt zeigt sich in anderer Form auch als «Nutzen-Kalkül». Der Vorschlag «Befürworten Sie staatliche Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten (z.B. Recht auf Reparatur, Verlängerung der Garantiefristen, längere Mindestzeiten für Software-Updates)?» erzielt die zweithöchsten Zustimmungswerte. Was ebenfalls nicht erstaunt, denn würden diese Massnahmen umgesetzt, so profitierten die Bürger:innen davon in deutlichem Masse.

8 Detailauswertung zur politischen Unterstützung

8.1 Vorschläge hin zu einem generellen gesellschaftlichen Wandel

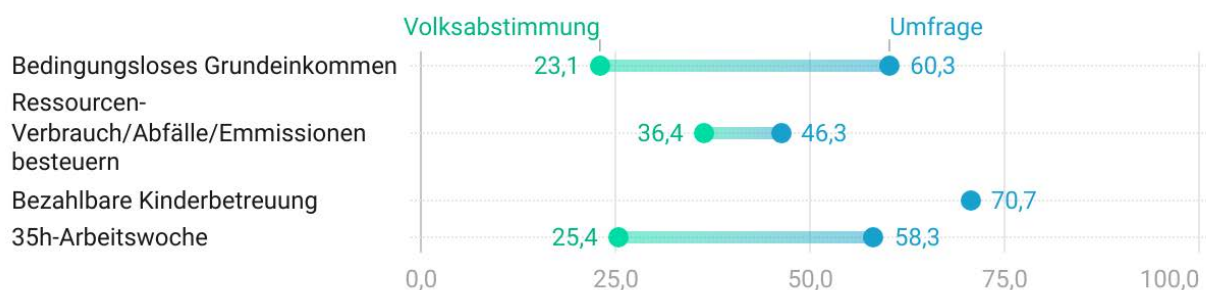
Im Rahmen eines weit gefassten Suffizienz-Konzepts, wie es in der vorliegenden Studie verwendet wird, beziehen sich Suffizienz-Massnahmen nicht nur auf den Klima- und Umweltschutz im engeren Sinn, sondern auch darauf, einen generellen Wandel hin zu einem nachhaltigeren Arbeits- und Konsumverhalten in Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen. Daher enthält der Massnahmenkatalog beispielsweise auch vier konkrete Massnahmen, die allesamt auf eine gesellschaftliche Entschleunigung oder Dämpfung des Konsumverhaltens abzielen.

Interessanterweise wurden auch zu allen vier Vorschlägen bereits Volksinitiativen eingereicht. Bei drei Vorschlägen geschah dies bereits vor längerer Zeit und die entsprechenden Abstimmungen haben bereits stattgefunden, was einen groben Vergleich der Zustimmungswerte in dieser Studie mit den früheren Abstimmungsergebnissen erlaubt. Die vierte Initiative («bezahlbare familienexterne Kinderbetreuung für alle») ist zurzeit im Parlament hängig. Im Detail handelt es sich um die folgenden vier Vorschläge:

- Befürworten Sie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens? (<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis423.html>)
- Soll der Staat allen Familien Zugang zu bezahlbarer familienergänzender Kinderbetreuung garantieren? (<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis521.html>)
- Befürworten Sie die Einführung einer 35-Stunden-Arbeitswoche bei gleichbleibendem Lohn? (<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis285.html>)
- Sollte in Zukunft anstatt des Arbeitseinkommens der Verbrauch von nicht-erneuerbaren Ressourcen sowie entstehende Abfälle und Emissionen besteuert werden? (<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20160925/det605.html>)

Auch wenn die Abstimmungen bereits vor längerer Zeit – in einem Fall vor über zwanzig Jahren – stattgefunden haben, bietet sich hier die Möglichkeit, die Zustimmungswerte zu den Vorschlägen aus der Umfrage mit den Ergebnissen der Volksabstimmungen zu vergleichen (vgl. Abbildung 8.1).

Abbildung 8.1: Ja-Anteile zu vier Massnahmen in der Umfrage und in Volksabstimmungen (in Prozent)



N=1'647; Gewicht: Basis- und Parteiengewicht.

Erstellt mit Datawrapper

Dieser Vergleich ist aus zwei Gründen interessant. Zum einen zeigt sich, dass es Massnahmen, die auf einen gesamtgesellschaftlichen Wandel abzielen, besonders schwer haben. Keine der drei Vorschläge, über die bereits abgestimmt worden ist, wurde angenommen. Der höchste erzielte Ja-Anteil lag bei etwas über 36%.

Zum anderen können anhand dieser Beispiele eindrucksvoll die Grenzen der Aussagekraft der Ergebnisse dieser Studie, wie sie bereits im Abschnitt 7 angesprochen worden sind, aufgezeigt werden. Die Unterschiede zwischen der Zustimmung in der Umfrage und den erreichten Ja-Anteilen in den Abstimmungen liegen zwischen zehn und 37 Prozentpunkten. Dies zeigt deutlich auf, wie stark sich die Medienberichterstattung, die Abstimmungskampagnen sowie ganz allgemein eine intensive öffentliche Diskussion auf den Meinungsbildungsprozess und die daraus resultierenden Abstimmungsergebnisse auswirken. Interessanterweise hat von den vier Vorschlägen der Vorschlag «Sollte in Zukunft anstatt des Arbeitseinkommens der Verbrauch von nicht-erneuerbaren Ressourcen sowie entstehende Abfälle und Emissionen besteuert werden?» in der Umfrage klar am schlechtesten abgeschnitten, unter den Volksabstimmungen jedoch den höchsten Ja-Stimmenanteil erzielt.

Insofern zeigt sich, dass für die noch zur Abstimmung anstehende Vorlage für eine bezahlbare Kinderbetreuung die Ausgangslage mit fast 71% Unterstützung sicherlich als gut beschrieben werden kann, dass aber darüber hinaus keine seriösen Prognosen betreffend einen möglichen Ausgang der Volksabstimmung gemacht werden können.

8.2 Vergleich mit Positionen der Parteien und Parlamentsmitglieder

Nachdem im Abschnitt 7 die Positionen der Wähler:innen zu den verschiedenen Suffizienz-Massnahmen aufgezeigt wurden, stellt sich die Frage, wie gut sich diese in den Haltungen der politischen Parteien und im Schweizer Parlament widerspiegeln. Mit anderen Worten: wie gut sind die klima- und umweltpolitischen Positionen der Wähler:innen in der Schweizer Politik repräsentiert? Eine Möglichkeit, diese Frage anzugehen, stellt der Vergleich der Ergebnisse der vorliegenden Studie mit Daten der Online-Wahlhilfe «smartvote» dar.

Über die «smartvote»-Website können Wähler:innen sich anhand eines thematisch weit gefassten Fragebogens, der anlässlich der Nationalratswahlen 2023 aus 75 Fragen bestand, ihr eigenes politisches Profil erstellen und dieses mit denjenigen der Kandidierenden vergleichen. Bei den Nationalratswahlen haben rund 84% der Kandidierenden und 97% der tatsächlich Gewählten den «smartvote»-Fragebogen beantwortet, weshalb es sich insgesamt um eine sehr aussagekräftige Vergleichsbasis handelt.

Einige der im «smartvote»-Fragebogen verwendeten Fragen zur Umwelt- und Energiepolitik entsprechen direkt Massnahmevorschlägen, die auch in der Umfrage zu dieser Studie abgefragt worden sind. Somit können bei diesen Fragen nun direkt die Positionen sowohl der Nationalratsfraktionen (Antworten der Gewählten) als auch der Parteien in einem etwas weiter gefassten Sinn (Antworten aller Kandidierenden) mit denjenigen der jeweiligen Parteiwähler:innen verglichen werden. Die Auswertungen beschränken sich auf die sechs grössten Schweizer Parteien (SVP, SP, FDP, Mitte, Grüne und GLP). Wichtig mit Blick auf die Aussagekraft des Vergleichs ist zudem darauf hinzuweisen, dass beide Datenerhebungen zeitnah erfolgten. Die Kandidierenden haben den «smartvote»-Fragebogen zwischen Juli und Oktober 2023 beantwortet, während die Umfrage zu dieser Studie im Dezember 2023 durchgeführt wurde. Somit fanden beide Erhebungen im selben (umwelt-)politischen Kontext statt.

Konkret stehen für den Vergleich die Positionen zu den folgenden vier Fragen zur Verfügung:

- Soll zur Erreichung der Klimaziele ausschliesslich auf Anreize und Zielvereinbarungen anstatt auf Verbote und Einschränkungen gesetzt werden?
- Würden Sie die Einführung steigender Strompreise bei grösserem Verbrauch befürworten (progressive Stromtarife)?
- Würden Sie ein Verbot von Einwegplastik und nicht-rezyklierbaren Kunststoffen befürworten?
- Befürworten Sie staatliche Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten (z.B. Recht auf Reparatur, Verlängerung der Gewährleistungsfrist, garantierte Mindestzeit für Software-Updates)?

In Abbildung 8.2 werden die Positionen der (Partei-)Wähler:innen denjenigen der jeweiligen Nationalratsmitglieder (Fraktionen) gegenübergestellt. Dargestellt werden jeweils die prozentualen Ja-Stimmenanteile (farbige Punkte) sowie die Differenzwerte. Die darauffolgende Abbildung 8.3 entspricht im Wesentlichen der Abbildung 8.2, einzig mit dem Unterschied, dass zusätzlich auch die Positionen der Parteien (d.h. gesamtes Kandidierendenfeld) abgebildet sind.

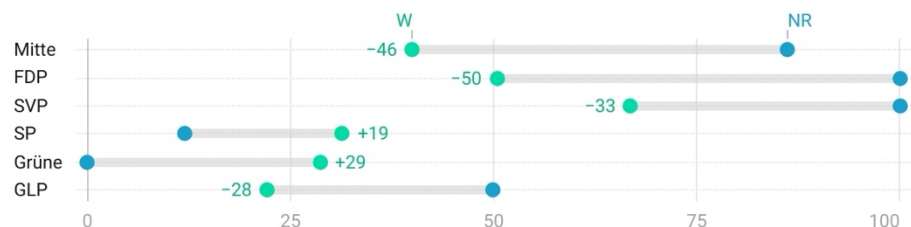
Zunächst sticht über alle vier Fragen hinweg betrachtet heraus, dass die Differenzen zwischen den Wähler:innen und den politischen Entscheidungsträger:innen mitunter sehr ausgeprägt ausfallen (vgl. Abbildung 8.2). Besonders deutlich geht dies aus der ersten Frage hervor, bei der die Parlamentarier:innen aller Parteien Differenzen von 19 bis 50 Prozentpunkten bezüglich der Positionen ihrer Wähler:innen aufweisen. Eine zweite generelle Beobachtung bezieht sich darauf, dass sich die Wähler:innen aller Parteien in der Regel deutlich gemässiger positionieren als die von ihnen gewählten Parlamentarier:innen (vgl. Abbildung 8.3). Zudem zeigt Abbildung 8.3 auch auf, dass sich die Parteien in aller Regel zwischen den Wähler:innen und den Parlamentarier:innen positionieren. Dies entspricht einem Muster, das in der Schweizer Politik schon seit längerer Zeit beobachtet werden kann (vgl. Fivaz & Schwarz 2015, Leimgruber et al. 2010). Weniger klar ist hingegen, weshalb dies so ist. Einerseits kann es daran liegen, dass die Wähler:innen Kandidierende bevorzugen, welche die Ideologie ihrer Partei besonders rein vertreten. Andererseits stellen die Parteien die Listen zusammen, wodurch sie zu einem erheblichen Teil selbst steuern können, wer gewählt wird.

Mit Blick auf die Suffizienz-Thematik können aus der Abbildung 8.2 die folgenden Schlüsse besonders hervorgehoben werden:

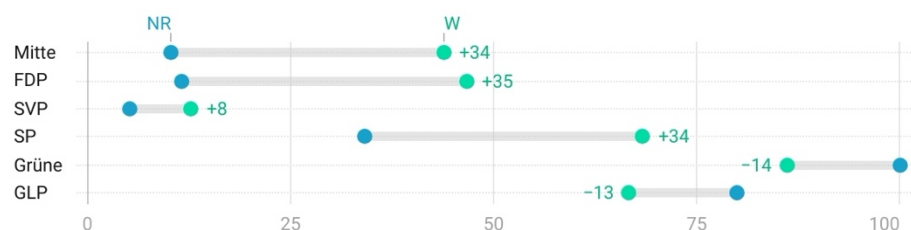
- Bei den drei bürgerlichen Parteien positionieren sich die Wähler:innen deutlich umweltfreundlicher als die Parlamentarier:innen. Dies gilt insbesondere auch für die SVP. So stimmen deren Wähler:innen einem Verbot von Einwegplastik und Massnahmen zur nachhaltigeren Nutzung von elektronischen Geräten jeweils über 50 Prozentpunkte stärker zu als die Parlamentsfraktion.
- Die Resultate zu den Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten zeigt eindrücklich auf, wie stark die Zustimmung zu einer Massnahme zunimmt, wenn diese den Bürger:innen bzw. Konsument:innen nicht nur Kosten auferlegen, sondern einen direkten, spürbaren Nutzen (z.B. längere Garantiefrieten oder das Recht auf Reparatur) bieten.
- Erstaunlich ist ebenfalls, dass auch bei der Frage bezüglich eines Verbots von Einwegplastik die Wähler:innen aller Parteien sehr deutlich zustimmen. Zwar weisen die SVP-Wähler:innen die schwächste Zustimmung auf, aber sogar bei ihnen liegt diese bei etwas über 60%.
- Bei der Frage zur Einführung progressiver Stromtarife ist besonders hervorzuheben, dass die SP-Parlamentarier:innen aus der «Pro-Umwelt»-Allianz mit den Grünen- und GLP-Parlamentarier:innen ausscheren und den Vorschlag deutlich ablehnen. Ein Blick in die Kommentare, die von SP-Kandidierenden zu dieser Frage auf der «smartvote»-Website veröffentlicht wurden, zeigt, dass bei diesem Vorschlag ein Konflikt mit sozialen Zielen und Vorstellungen gesehen wird. Interessant ist, dass die SP-Wähler:innen diesen Konflikt nicht sehen oder die umweltpolitischen Ziele höher gewichten. Jedenfalls unterstützen sie den Massnahmenvorschlag deutlich.

Abbildung 8.2: Positionsvergleiche von Wähler:innen und Parlamentarier:innen

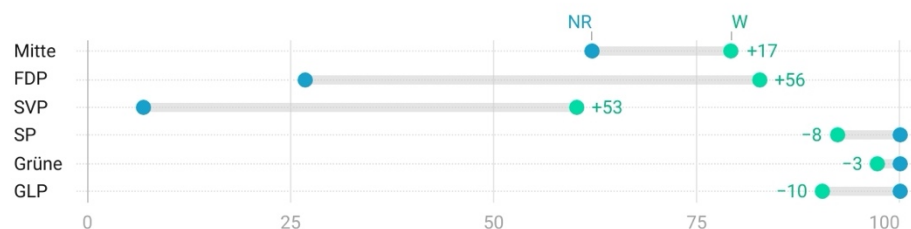
Soll zur Erreichung der Klimaziele ausschliesslich auf Anreize und Zielvereinbarungen anstatt auf Verbote und Einschränkungen gesetzt werden?



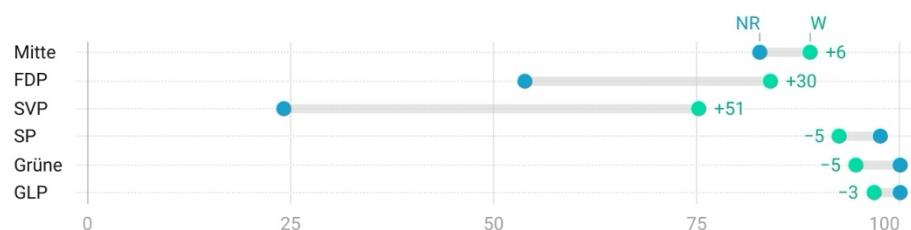
Würden Sie die Einführung steigender Strompreise bei grösserem Verbrauch befürworten (progressive Stromtarife)?



Würden Sie ein Verbot von Einwegplastik und nicht-rezyklierbaren Kunststoffen befürworten?

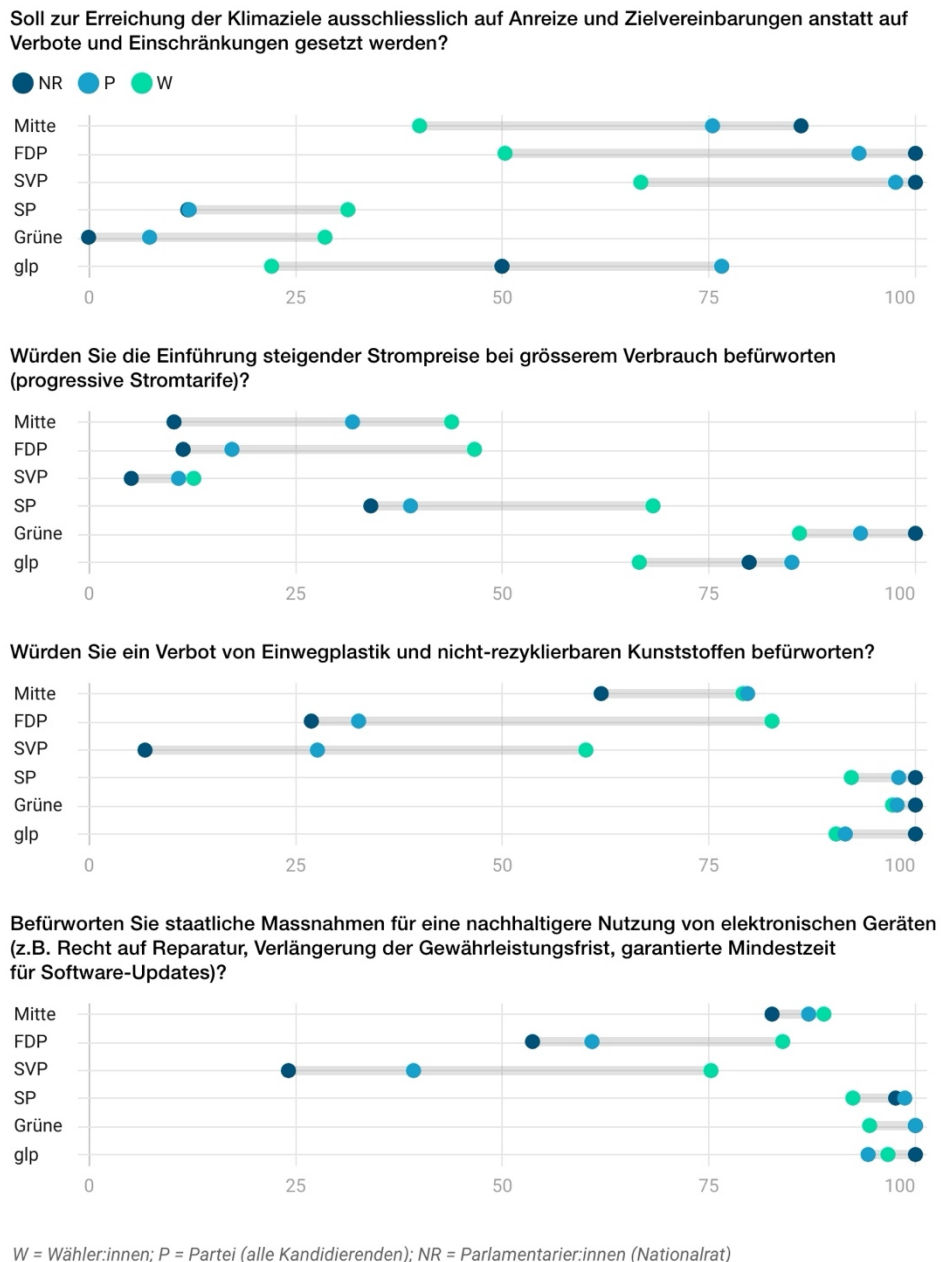


Befürworten Sie staatliche Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten (z.B. Recht auf Reparatur, Verlängerung der Gewährleistungsfrist, garantierte Mindestzeit für Software-Updates)?



W = Wähler:innen, NR = Parlamentarier:innen (Nationalrat); N-Wähler = 332-1'920, Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht; N-Parlamentarier:innen = 194

Abbildung 8.3: Positionsvergleiche von Wähler:innen, Parteien und Parlamentarier:innen

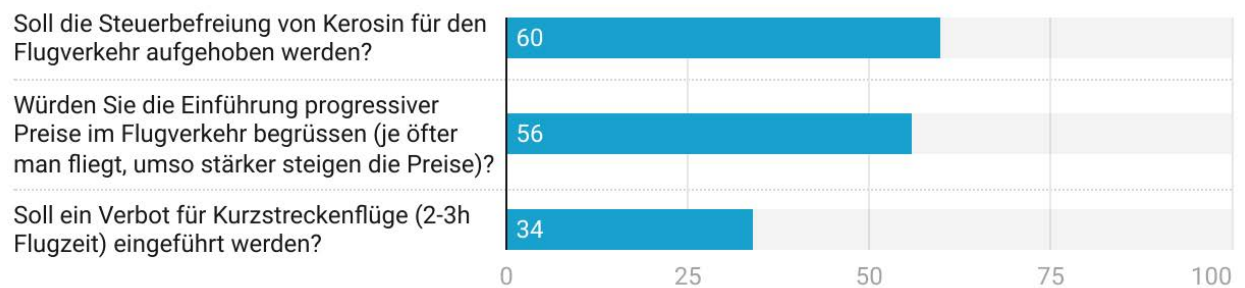


8.3 Vorschläge im Bereich Flugverkehr

Ein zentraler Bereich innerhalb der Diskussionen zur Umwelt- und Klimapolitik stellen Fragen zur Mobilität dar. Debatten über Einschränkungen bei der Verkehrsmittelnutzung werden immer wieder besonders kontrovers und emotional geführt. Dies trifft insbesondere für Massnahmen im Bereich des Flugverkehrs zu. In diesem Abschnitt wird daher zusätzlich ein genauerer Blick auf die drei Massnahmenvorschläge mit Bezug zum Flugverkehr geworfen.

In Abbildung 8.4 ist die Zustimmung zu den drei in der Studie berücksichtigten Massnahmenvorschlägen bezüglich des Flugverkehrs abgebildet. Die Aufhebung der Steuerbefreiung des Kerosins wird von 60% befürwortet, die Einführung progressiver Preise im Flugverkehr wird etwas weniger stark unterstützt, während ein Verbot von Kurzstreckenflügen sehr deutlich abgelehnt wird.

Abbildung 8.4 : Befürwortung der Massnahmenvorschläge bzgl. Flugverkehr (Ja-Anteile in Prozent)



N=606-991; Gewichtet nach Basis-, Partei- und Klimazielabstimmungsgewicht

Erstellt mit Datawrapper

Selbst wenn bei der Interpretation dieser Ergebnisse aus den in Abschnitt 7 genannten Gründen Vorsicht angebracht ist, kann dennoch festgehalten werden, dass die Abschaffung der Kerosin-Steuerbefreiung grundsätzlich auf Unterstützung von Seiten der Stimmberechtigten zählen kann. Diese Massnahme erfährt etwas mehr Unterstützung als die Einführung progressiver Flugtarife und deutlich mehr als der Vorschlag eines Verbots von Kurzstreckenflügen.

Interessant ist grundsätzlich auch die Frage, in welchen Bevölkerungsgruppen die Zustimmung zu den drei Massnahmen über- oder unterdurchschnittlich ausfällt (vgl. Abbildung 8.5). Auffallend ist dabei, dass die Abschaffung der Kerosin-Steuerbefreiung bei FDP- und SVP-nahen Personen zwar nach wie vor die geringste Zustimmung findet, dass diese aber deutlich höher als bei den beiden anderen Vorschlägen ausfällt.

Abbildung 8.5: Befürwortung der Massnahmenvorschläge bzgl. Flugverkehr nach Bevölkerungsgruppen (Ja-Anteile in Prozent)

	Soll die Steuerbefreiung von Kerosin für den Flugverkehr aufgehoben werden?	Würden Sie die Einführung progressiver Preise im Flugverkehr begrüssen (je öfter man fliegt, umso stärker steigen die Preise)?	Soll ein Verbot für Kurzstreckenflüge (2-3h Flugzeit) eingeführt werden?
Geschlecht			
Mann	62,3	54,4	34,6
Frau	56,1	58,4	33,7
Alter			
18-24	64,4	57,6	42,1
25-34	54,2	60,8	33,6
35-44	61,9	64,8	36,0
45-54	60,2	51,1	29,2
55-64	61,8	56,3	32,4
65	60,1	51,6	35,3
Bildungsabschluss			
Niedrig	56,4	51,4	33,3
Mittel	62,7	56,4	31,3
Hoch	63,1	61,9	38,3
Sprache			
Deutsch	59,3	55,6	31,7
Französisch	63,8	57,4	43,6
Wohngemeinde			
Landgemeinde/Dorf	57,7	52,1	34,0
Agglomerationsgemeinde	62,9	53,4	31,4
Städtisch/urban	60,9	64,1	37,3
Politisches Interesse			
Tief	47,9	52,4	27,9
Hoch	62,6	56,8	35,6
Parteinähe			
Mitte	65,6	53,9	35,2
FDP	53,5	36,1	20,4
SVP	50,0	39,8	21,4
SP	64,3	68,6	44,0
Grüne	78,9	81,1	55,2
glp	76,2	82,9	43,6
N Informationsquellen			
Niedrig	57,0	53,1	38,4
Mittel	63,3	55,6	32,5
Hoch	57,0	60,1	36,3
N digitale Informationsquellen			
Keine	61,1	53,3	34,1
Niedrig	61,8	57,3	34,6
Hoch	56,6	58,2	35,4
Klimawissens-Index			
Tief	57,9	55,9	33,9
Mittel	60,1	54,2	33,3
Hoch	62,9	58,0	35,8
Pro-Klima-Index			
Tief	44,7	34,0	16,1
Mittel	58,9	57,8	33,9
Hoch	76,0	80,3	52,8

N=638-991; Angaben in Prozent; Abgebildet sind alle Ja-Antworten; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht.
Erstellt mit Datawrapper

8.4 Bedeutung des «Absenders»

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird auch der Frage nachgegangen, inwiefern es eine Rolle spielt, von wem eine Suffizienz-Massnahme vorgeschlagen wird bzw. wer der «Absender» eines solchen Vorschlages ist. Dazu wurde in der Umfrage ein Experiment durchgeführt. In dessen Rahmen wurde in sechs verschiedenen Settings danach gefragt, ob man die Einführung progressiver Stromtarife unterstützen oder ablehnen würde. Im ersten Setting – der sogenannten Kontrollgruppe – wurde die Frage in neutraler Form präsentiert, während in den übrigen fünf Settings – den Treatmentgruppen – jeweils ein spezifischer Absender, von dem dieser Vorschlag vermeintlich stammte, angegeben wurde. Bei diesen Absendern handelte es sich um den WWF, die Economiesuisse, die SVP, die ETH sowie um einen Bürger-rat. In Abbildung 10.1 ist abgebildet, wie die Frage der Kontrollgruppe und am Beispiel des WWF als Absender den Treatmentgruppen in der Umfrage präsentiert wurde.

Abbildung 8.4: Setup des «Absender»-Experimentes mit Kontroll- (links) und Treatmentgruppe (rechts)

Eine mögliche Massnahme, um einen suffizienteren Umgang mit Energie zu fördern, stellen **progressive Stromtarife** dar. Bei diesen würde der Preis pro Kilowattstunde umso teurer werden, je mehr man davon verbraucht.

- ☐ Ich bin klar dagegen
- ☐ Ich bin eher dagegen
- ☐ Ich bin eher dafür
- ☐ Ich bin klar dafür
- ☐ Weiss nicht / keine Antwort

Als mögliche Massnahme, einen suffizienteren Umgang mit Energie zu fördern, **schlägt der WWF progressive Stromtarife vor**. Bei diesen würde der Preis pro Kilowattstunde umso teurer werden, je mehr man davon verbraucht.

- ☐ Ich bin klar dagegen
- ☐ Ich bin eher dagegen
- ☐ Ich bin eher dafür
- ☐ Ich bin klar dafür
- ☐ Weiss nicht / keine Antwort

Die Einteilung der Umfrageteilnehmenden in die Kontrollgruppe oder eine der fünf Treatmentgruppen erfolgte nach Zufallsprinzip. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die sechs Gruppen gleich gross sind und es zu keinen systematischen statistischen Verzerrungen kommt. Mit Blick auf ethische Standards wurden die Befragten der fünf Treatmentgruppen, nachdem sie die Frage beantwortet hatten, darüber informiert, dass es sich um ein Experiment gehandelt hat und dass ihnen fiktive Absender genannt wurden.

In der Tabelle 8.1 ist die Zustimmung zur Einführung progressiver Stromtarife aufgeschlüsselt sowohl nach der Zugehörigkeit der Befragten zur Kontroll- oder einer der fünf Treatmentgruppen als auch nach diversen soziodemografischen und politischen Charakteristika aufgeführt. In der Tabelle 8.2 sind zudem die Differenzen der fünf Treatmentgruppen zum neutralen Basiswert – dem Ja-Stimmenanteil der Kontrollgruppe – abgebildet, was die Interpretation der Experiment-Effekte erleichtert.

Insgesamt betrachtet zeigen sich zwischen den Ja-Stimmenanteilen deutliche Unterschiede. Die Nennung der ETH sowie eines Bürgerrates als Absender beeinflussen den Ja-Stimmenanteil mit -1.2 bzw. -0.9 Prozentpunkten im Vergleich zur neutralen Kontrollgruppe nur sehr geringfügig. Die Nennung der Economiesuisse erhöht den Ja-Stimmen hingegen bereits um 2.3 Prozentpunkte, während die Nennung des WWF sich negativ auswirkt und diesen um -3.8 Prozentpunkte reduziert. Den klar deutlichsten Effekt hat jedoch die Nennung der SVP als Absender. Dies erhöht den Ja-Stimmenanteil gegenüber der Kontrollgruppe um nicht weniger als 6.4 Prozentpunkte, was einen sehr deutlichen Effekt darstellt.

Noch wesentlich ausgeprägter fallen diese Effekte aus, wenn man sie aufgeschlüsselt nach soziodemografischen und politischen Charakteristika betrachtet (vgl. Tabelle 8.2). So erhöht die Nennung der SVP die Zustimmung bei den Wähler:innen der Mitte und der FDP um jeweils 10.3 bzw. 12.9 Prozentpunkte und bei den SVP-Wähler:innen um nicht weniger als 40.1 Prozentpunkte. Bei Mitte-Links-Wähler:innen (SP, Grüne und GLP) hingegen führt die Nennung der SVP zu einem gegenteiligen Effekt und senkt den Ja-Stimmenanteil um -15.6 bis -19.0 Prozentpunkte.

Die Auswertung zeigt allerdings auch Effekte, die nicht intuitiv erklärbar sind. So verringert die z.B. die Nennung des WWF als Absender bei den linken Parteien die Zustimmungsrates, während sie sich bei den SVP-Wähler:innen erhöht. Auch dass die Nennung von Economiesuisse bei den FDP-Wähler:innen zu einer grösseren Ablehnung führt (während die Zustimmung bei den Mitte- und SVP-Anhänger:innen erwartungsgemäss steigt), bedürfte einer eingehenden Analyse, die den Rahmen der vorliegenden Studie allerdings sprengen würde. Im Grossen und Ganzen gehen die Ergebnisse des Experiments jedoch intuitiv in die richtige Richtung.

Tabelle 8.1: Zustimmung zu progressiven Stromtarifen nach Kontroll- und Treatmentgruppen (in Prozent)

	Kontroll- gruppe	WWF	Economie- suisse	SVP	ETH/Wis- senschaft	Bürgerrat
Insgesamt	46.7	42.9	49.0	53.1	45.5	45.8
Geschlecht						
Mann	45.8	45.4	50.0	55.4	44.2	43.9
Frau	48.2	38.7	47.6	48.4	47.3	48.9
Alter						
18-24	56.1	58.5	60.1	64.6	69.9	59.0
25-34	32.7	38.0	37.7	64.2	53.9	53.2
35-44	52.5	53.1	52.0	59.0	43.4	52.4
45-54	37.4	41.3	60.3	46.7	30.8	48.8
55-64	55.3	35.3	54.0	49.6	41.0	41.0
65+	47.8	42.4	40.0	49.7	49.9	37.3
Bildungsabschluss						
Niedrig	34.2	32.9	47.5	52.8	31.7	36.6
Mittel	41.2	47.8	47.2	54.8	47.7	47.9
Hoch	65.0	50.3	52.4	52.1	62.4	57.0
Sprache						
DE	42.4	41.0	47.5	52.9	38.7	41.3
FR	62.6	49.9	54.2	53.9	75.1	61.9
Wohnort						
Landgemeinde/Dorf	37.7	41.3	45.3	50.5	43.6	39.3
Agglomerationsgemeinde	47.0	37.2	56.8	59.3	44.7	48.8
Städtisch/urban	60.4	50.9	48.0	50.9	50.1	54.8
Politisches Interesse						
Tief	42.5	35.4	44.1	41.6	36.0	54.9
Hoch	47.7	44.3	50.0	55.7	47.4	43.6
Parteinähe						
Mitte	43.8	37.4	61.7	54.1	40.2	41.3

	Kontroll- gruppe	WWF	Economie- suisse	SVP	ETH/Wis- senschaft	Bürgerrat
FDP	47.0	36.1	38.2	59.9	56.4	42.8
SVP	13.0	26.2	19.0	53.1	19.8	21.9
SP	68.0	60.9	66.5	49.0	68.6	62.1
Grüne	87.2	79.1	69.1	71.6	75.1	69.3
GLP	66.2	53.3	68.9	49.2	68.9	60.0
Anzahl konsumierte In- formationsquellen						
Niedrig	48.6	34.9	49.0	54.6	33.1	39.6
Mittel	46.2	47.9	44.9	56.2	48.2	43.0
Hoch	46.9	40.9	57.9	47.8	51.4	56.6
Anzahl konsumierte di- gitale Informationsquel- len						
Keine	49.5	36.3	46.1	53.7	42.7	37.1
Niedrig	43.4	46.9	45.7	56.8	48.5	50.8
Hoch	48.9	43.4	60.8	47.7	46.9	46.2
Stand des Klima-Wissens						
Tief	48.4	36.7	45.7	49.5	45.4	42.7
Mittel	42.7	46.7	47.2	54.0	43.6	41.9
Hoch	48.1	47.5	55.8	56.3	47.0	55.9
Pro-Klima-Index						
Tief	18.1	16.2	21.2	40.3	21.7	17.7
Mittel	46.5	47.0	51.8	56.2	50.0	46.7
Hoch	75.3	71.7	74.2	64.2	76.1	73.8

N=305-333; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Tabelle 8.2: Differenzen zum Basiswert nach Treatment- und soziodemografischen Gruppen (in Prozentpunkten)

	Kontroll- gruppe	WWF	Economie- suisse	SVP	ETH/Wissen- schaft	Bürgerrat
Insgesamt	46.7	-3.8	2.3	6.4	-1.2	-0.9
Geschlecht						
Mann	45.8	-0.4	4.2	9.6	-1.6	-1.9
Frau	48.2	-9.5	-0.6	0.2	-0.9	0.7
Alter						
18-24	56.1	2.4	4.0	8.5	13.8	2.9
25-34	32.7	5.3	5.0	31.5	21.2	20.5
35-44	52.5	0.6	-0.5	6.5	-9.1	-0.1
45-54	37.4	3.9	22.9	9.3	-6.6	11.4
55-64	55.3	-20.0	-1.3	-5.7	-14.3	-14.3
65+	47.8	-5.4	-7.8	1.9	2.1	-10.5
Bildungsabschluss						
Niedrig	34.2	-1.3	13.3	18.6	-2.5	2.4
Mittel	41.2	6.6	6.0	13.6	6.5	6.7
Hoch	65.0	-14.7	-12.6	-12.9	-2.6	-8.0
Sprache						
DE	42.4	-1.4	5.1	10.5	-3.7	-1.1
FR	62.6	-12.7	-8.4	-8.7	12.5	-0.7
Wohnort						
Landgemeinde/Dorf	37.7	3.6	7.6	12.8	5.9	1.6
Agglomerationsgemeinde	47.0	-9.8	9.8	12.3	-2.3	1.8
Städtisch/urban	60.4	-9.5	-12.4	-9.5	-10.3	-5.6
Politisches Interesse						
Tief	42.5	-7.1	1.6	-0.9	-6.5	12.4
Hoch	47.7	-3.4	2.3	8.0	-0.3	-4.1
Parteinähe						
Mitte	43.8	-6.4	17.9	10.3	-3.6	-2.5
FDP	47.0	-10.9	-8.8	12.9	9.4	-4.2
SVP	13.0	13.2	6.0	40.1	6.8	8.9
SP	68.0	-7.1	-1.5	-19.0	0.6	-5.9
Grüne	87.2	-8.1	-18.1	-15.6	-12.1	-17.9
GLP	66.2	-12.9	2.7	-17.0	2.7	-6.2

	Kontroll- gruppe	WWF	Economie- suisse	SVP	ETH/Wissen- schaft	Bürgerrat
Anzahl konsumierte Informationsquellen						
Niedrig	48.6	-13.7	0.4	6.0	-15.5	-9.0
Mittel	46.2	1.7	-1.3	10.0	2.0	-3.2
Hoch	46.9	-6.0	11.0	0.9	4.5	9.7
Anzahl konsumierte digitale Informationsquellen						
Keine	49.5	-13.2	-3.4	4.2	-6.8	-12.4
Niedrig	43.4	3.5	2.3	13.4	5.1	7.4
Hoch	48.9	-5.5	11.9	-1.2	-2.0	-2.7
Stand des Klima-Wissens						
Tief	48.4	-11.7	-2.7	1.1	-3.0	-5.7
Mittel	42.7	4.0	4.5	11.3	0.9	-0.8
Hoch	48.1	-0.6	7.7	8.2	-1.1	7.8
Pro-Klima-Index						
Tief	18.1	-1.9	3.1	22.2	3.6	-0.4
Mittel	46.5	0.5	5.3	9.7	3.5	0.2
Hoch	75.3	-3.6	-1.1	-11.1	0.8	-1.5

N=305-333; Gewichtung: Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

9 Fazit und Handlungsempfehlungen

Was sind die wichtigsten Schlussfolgerungen, die aus der vorliegenden Studie gezogen werden können? Und welche Handlungsempfehlungen lassen sich aus diesen für eine zukunftsfähige und demokratisch legitimierte Suffizienz-Politik ableiten?

Hohes Problembewusstsein bezüglich Klimawandel in der Bevölkerung

Das Bewusstsein für den Klimawandel als globale Herausforderung ist grundsätzlich vorhanden: Der überwiegende Teil der Schweizer Bevölkerung anerkennt den Klimawandel als vom Menschen verursachtes Problem. Nur rund 12% sind nicht dieser Ansicht, wobei der harte Kern derjenigen, die die Existenz eines menschengemachten Klimawandels verneinen, mit nur gerade 4-7% noch geringer ausfällt (vgl. Abschnitt 3). Dies geht einher mit Umfragen in anderen Ländern, die ebenfalls ein sehr hohes Problembewusstsein ausweisen.⁷

Verantwortung wird auf allen Ebenen – vom Individuum bis zur Politik – gesehen

Das hohe Problembewusstsein spiegelt sich auch in den Antworten auf die Frage wider, welche Akteure verstärkt Verantwortung für klimapolitisches Engagement übernehmen sollen. Jeweils über 80% der Befragten sehen sowohl sich selbst («individuelle Ebene»), aber auch Wirtschaft und Politik in der Verantwortung (vgl. Abschnitt 5). Lediglich bei der Zivilgesellschaft ist eine gewisse Zurückhaltung zu spüren (55%). Dies mag mit der konkreten Fragestellung in der Umfrage zu tun haben: Hier wurde auf das Beispiel von Kundgebungen als Form eines solchen Engagements verwiesen, was vor allem – aber nicht ausschliesslich – bei bürgerlichen Wähler:innen zu deutlich tieferen Zustimmungswerten geführt hat (vgl. Abschnitt 5).

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse scheint es angezeigt, Kundgebungen und andere aktivistische Ansätze kritisch zu prüfen. Diese Formen des Engagements eignen sich tendenziell, um ein breites Bewusstsein und Aufmerksamkeit für ein Problem zu schaffen. Gerade dieses Problembewusstsein ist beim Klimawandel aber bereits gegeben (siehe oben), weshalb entsprechende Aktionen kontraproduktiv wirken können. Die zentrale Hürde für eine stärkere Berücksichtigung des Nachhaltigkeits- bzw. Suffizienz-Gedankens in der Politik ist nicht mangelndes Problembewusstsein – sondern die Frage nach ganz konkreten Vorschlägen und spezifischer Handlungsbereitschaft. Dazu dürften kooperative anstelle konfrontativer Ansätze besser geeignet sein.

Tiefer Wissensstand zu Klimapolitik – unabhängig von politischer Neigung

Grundsätzlich lassen sich die Erkenntnisse dieser Studie so vereinfachen, dass die Bürger:innen offen für Anliegen der Klimapolitik sind, aber im Detail wenig Fachwissen dazu haben. Bloss knapp 9% der Befragten waren in der Lage, vier oder alle fünf Wissensfragen korrekt zu beantworten, während rund 11% keine einzige Frage richtig beantworten konnten (vgl. Abschnitt 6). Besonders interessant ist die Tatsache, dass es dabei keinen Zusammenhang gibt zwischen der politischen Orientierung und dem Wissensstand einer Person: Es ist also keinesfalls so, dass Wählergruppen, die der Klimapolitik offener gegenüberstehen, besser informiert sind als Wählergruppen mit einer eher kritischen oder gar ablehnenden Haltung.

Das ist eine wichtige Erkenntnis für die politische Kommunikation im Rahmen klimapolitischer Kampagnen oder Initiativen: Selbstverständlich sollte nach wie vor möglichst anschaulich, einfach und klar kommuniziert werden. Aber die Ansicht, dass Wähler:innen, die klimapolitischen Anliegen skeptisch gegenüberstehen, einfach über bestehende Tatsachen besser informiert werden müssen, um einen Meinungswandel zu erwirken, ist aufgrund der Studienergebnisse falsch und wenig zielführend.

⁷ Vgl. <https://climatepromise.undp.org/news-and-stories/worlds-largest-survey-climate-change-out-heres-what-results-show>.

Besonders gering fällt der Wissensstand aus, wenn es konkret um «Suffizienz» geht. Der Begriff ist der Schweizer Bevölkerung weitestgehend unbekannt. Nur gerade ein Drittel der Befragten gibt an, diesen im Zusammenhang mit der Umwelt- und Klimathematik zu kennen, und von diesen kann wiederum nur ein Drittel den Begriff korrekt mit einer Veränderung des Konsumverhaltens in Zusammenhang bringen (vgl. Abschnitt 4). Auch dieser Aspekt sollte bei öffentlichkeitswirksamen Kampagnen beachtet werden: Entweder sollten andere, allgemeinverständliche Begriffe verwendet werden oder es müssen genügend Ressourcen und Zeit eingeplant werden, um den Suffizienz-Begriff zunächst zu besetzen, mit Inhalten zu füllen und bekannt zu machen.

Grundsätzlich offen für Massnahmen – grösste Skepsis beim Thema individuelle Mobilität

Inhaltlich zeigen sich in der vorliegenden Studie nicht nur ein hohes Problembewusstsein gegenüber dem Thema Klimawandel, sondern auch eine grundsätzlich grosse Offenheit für politische Massnahmen im Bereich der Suffizienz. Die Bandbreite der Zustimmungswerte zu den vorgeschlagenen Suffizienz-Massnahmen ist allerdings gross und reicht von knapp 31% bis 87%. Dabei erzielten 34 der insgesamt 43 Massnahmen – also ganze 80% aller Massnahmen – Zustimmungswerte von über 50% (vgl. Abschnitt 7).

Besonders hohe Zustimmung erzielen niederschwellige Massnahmen im Bereich der Bildung, Information und Sensibilisierung (z.B. eine stärkere Berücksichtigung des Themas «Nachhaltigkeit» in den Lehrplänen) sowie Massnahmen, die den Bürger:innen als Konsument:innen einen direkten Nutzen/Mehrwert bringen. Beste Beispiele dafür sind der Ausbau von internationalen Nachtzugverbindungen (82% Zustimmung) oder der Vorschlag bei elektronischen Geräten längere Garantiefrieten oder ein Recht auf Reparatur einzuführen (85% Zustimmung). Auch Massnahmen, deren Auswirkungen im Alltag nicht unmittelbar sichtbar sein dürften, genossen eine hohe Zustimmung (z.B. eine höhere Gewichtung der Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen oder bei Aussenhandelsabkommen).

Wenig überraschend erzielen hingegen Massnahmen, die als Einschränkung oder Kostenfaktor im eigenen Alltag eingeschätzt werden können, geringere Zustimmungswerte. Die zehn Massnahmen, die sich relativ stark im Alltag der Bürger:innen bemerkbar machen würden, rangieren auf den 15 hintersten Plätzen bezüglich ihrer Zustimmungswerte, und nur drei von ihnen schaffen es über die 50%-Hürde. Besonders schlecht schneiden dabei Massnahmen ab, die auf die individuelle Mobilität abzielen (z.B. autofreie Tage, Mobility/Road Pricing, Verbot von Kurzstreckenflügen oder die Aufhebung von Parkplätzen).

Grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass diese Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren sind: So geben sie beispielsweise keine Auskunft darüber, welche Zustimmungswerte tatsächlich in einer Volksabstimmung erzielt werden könnten. Trotzdem können sie wichtige Anhaltspunkte für realpolitische Vorhaben liefern – insbesondere auch, wenn die Zustimmungswerte aufgeschlüsselt nach spezifischen Wählergruppen betrachtet werden (vgl. Anhang 3).

Der Absender ist wichtig für die Erfolgsaussichten

Auch diese Studie bestätigt, was in Forschungsprojekten regelmässig nachgewiesen wird: der «Absender» einer Idee bzw. eines Massnahmenvorschlags ist von hoher Bedeutung für deren Akzeptanz (vgl. Abschnitt 8.4). So hat beispielsweise ein Hinweis darauf, dass die SVP eine Massnahme unterstützen würde, die Zustimmung unter den Mitte- und FDP-Wähler:innen um bis zu 13 Prozentpunkte und unter den SVP-Wähler:innen um ganze 40 Prozentpunkte erhöht – und wiederum bei SP- und Grünen-Wähler:innen die Zustimmung um bis zu 19 Prozentpunkte absinken lassen. Ähnliche Muster lassen sich auch bei anderen «Absendern» wie z.B. der Economiesuisse beobachten. Diese Ergebnisse unterstreichen, wie wichtig eine grosse Offenheit bezüglich allfälliger politischer Partner und der Formierung breiter Koalitionen ist, will man Suffizienzmassnahmen erfolgreich umsetzen.

Generelle Handlungsempfehlungen zu möglichen Massnahmen – «Low hangig fruits» und Verbote
Weiter zeigt der Blick auf die Massnahmenvorschläge, dass es sich lohnen könnte, in einem ersten Schritt hin zu einer umfassenderen Suffizienz-Politik sich auf jene Massnahmen zu fokussieren, die

Bürger:innen einen klaren konkreten Nutzen bieten (z.B. verlängerte Garantiefristen, Ausbau von Fernzügen). Vorschläge im Bereich individuelle Mobilität oder individuelle Wohnsituation (Wohnflächenbedarf) dürften hingegen auf deutlich stärkeren Widerstand stossen. Gerade bei diesen Themen ist es essenziell, den Bürger:innen aufzuzeigen, dass die entsprechenden Massnahmen nicht nur mit Kosten, sondern auch mit einem Nutzen für sie persönlich verbunden sind. So wäre z.B. denkbar, dass bei der Streichung von Parkplätzen in Innenstädten zusätzliche Parkmöglichkeiten ausserhalb sowie ein generell verbessertes Angebot des öffentlichen Verkehrs angeboten werden.

Wichtig ist als Schlussbemerkung auch, dass Massnahmen, die Verbote beinhalten, nicht zwingend scheitern müssen. So sieht rund die Hälfte der Umfrageteilnehmenden Verbote und Abgaben als grundsätzlich notwendig an, um gesetzte Ziele im Klimaschutz und bei der Nachhaltigkeit erreichen zu können. Interessanterweise unterstützen auch Mitte- und FDP-Wähler:innen diese Position mit 49% bzw. 45% (vgl. Abschnitt 5). Diese Ergebnisse gehen einher mit den Resultaten eines direkten Vergleichs der Positionen der Parteien und Parlamentarier:innen und den jeweiligen Wähler:innen der Parteien anhand von vier ausgewählten Suffizienz-Massnahmen (vgl. Abschnitt 8.2). Dabei zeigt sich, dass die Wähler:innen jeweils deutlich gemässigtere («eingemittete») Positionen vertreten. Dies trifft sowohl auf die SP- und Grünen-Wähler:innen zu als auch auf die Wähler:innen im bürgerlichen Lager. Der Effekt fällt insbesondere bei den Mitte- und FDP-Wähler:innen, die den Suffizienz-Massnahmen deutlich positiver gegenüberstehen als die von ihnen gewählten Parteien bzw. Kandidierenden, sehr ausgeprägt aus.

Es besteht also ein deutliches Potenzial für umweltpolitische Anliegen unter den Wähler:innen des bürgerlichen Lagers. Dies lässt sich am Beispiel des Verbots von Einwegplastik verdeutlichen. Nur gerade 7% der SVP- und 27% der FDP-Parlamentarier:innen unterstützen den Vorschlag, während ihn 60% der SVP-Wähler:innen und sogar 83% der FDP-Wähler:innen befürworten. Auch Verbote liegen somit nicht zwingend ausserhalb des politisch Machbaren. Dies gilt umso mehr für Massnahmenvorschläge, die keine Verbote beinhalten. Wenn es zudem gelingt, einen Nutzen für die Bevölkerung aufzuzeigen, so haben auch Suffizienz-Massnahmen durchaus eine Chance, im demokratischen Prozess erfolgreich zu bestehen.

Literaturverzeichnis und Anhänge

Literaturverzeichnis

- Dablander, Fabian, Maien S. M. Sachisthal, Viktoria Cologna, Noel Strahm, Anna Bosshard, Nana-Maria Grüning, Alison J. K. Green, Cameron Brick, Adam R. Aron und Jonas M. B. Haslbeck (2024). Climate Change Engagement of Scientists. In: *Nature Climate Change*: <https://doi.org/10.1038/s41558-024-02091-2>.
- Fivaz, Jan und Daniel Schwarz (2015). *Die smarte Wahlspinne: Politische Positionen von Wählern und Kandidaten im Vergleich*. In: Freitag, Markus und Adrian Vatter (Hrsg.): *Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz*. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung:301-324.
- gfs-zürich (2022). *Klimapolitische Instrumente aus Sicht der Schweizer Bevölkerung. Umfrage im Auftrag von swisscleantech*: <https://www.swisscleantech.ch/files/Klimapolitische-Instrumente-aus-Sicht-der-Schweizer-Bevoelkderung-gfs-Umfrage.pdf>.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2022). Climate Change 2022. Mitigation of Climate Change. Summary for Policymakers: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg3/>
- Leimgruber, Philipp, Dominik Hangartner und Lucas Leemann (2010). Comparing candidates and citizens in the ideological space. In: *Swiss Political Science Review*, 16(3): 499-531.
- Mildenberger, Matto, Erick Lachappel, Kathryn Harrison und Isabelle Stadelmann-Steffen (2022). Limited Impacts of Carbon Tax Rebate Programmes on Public Support for Carbon Pricing. In: *Nature Climate Change*, 12: 141-147.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (2024). *Suffizienz als "Strategie des Genug": Eine Einladung zur Diskussion*. Berlin.
- Schneidewind, Uwe und Angelika Zahrnt (2014). Politics of Sufficiency. The institutional framework for a sufficiency driven economy. In: *Ökologisches Wirtschaften*, 29 (3): 30-33.
- Wäspi, Flurina und Jan Fivaz (2024). *Suffizienz & Politik. Zwischenbericht: Literaturanalyse und Erarbeitung des Massnahmenkatalogs*. Bern, Berner Fachhochschule BFH (unveröffentlichter Bericht).

Anhang 1: Politisches und soziodemografisches Profil der Umfrageteilnehmenden nach Gewichtungsmodellen

In der Tabelle A1.1 werden die soziodemografischen und politischen Charakteristika der Antwortenden abgebildet, und zwar jeweils basierend auf zwei unterschiedlichen Kombinationsgewichten. Zu beachten ist dabei, dass sämtliche Bevölkerungsgruppen in beiden Gewichtungsvarianten in ausreichender Grösse im Analysedatensatz berücksichtigt werden.

Tabelle A1.1: Politisches und soziodemografisches Profil der Teilnehmenden nach Gewichtungsmodell

	Basis* Partei	Basis *Partei *Abstimmung		Basis *Partei	Basis *Partei *Abstimmung
Geschlecht			Anzahl konsumierter Informationsquellen		
Mann	52.0	60.4	Niedrig	22.3	19.8
Frau	48.0	39.6	Mittel	54.4	55.1
			Hoch	23.3	25.0
Alter			Anzahl digitaler Informationsquellen		
18-24	9.8	8.2	Keine	32.0	31.9
25-34	15.0	12.6	Niedrig	46.3	45.7
35-44	15.7	13.8	Hoch	21.7	22.4
45-54	16.0	15.9			
55-64	18.9	19.4	Vertrauen in den Bundesrat		
65+	24.6	30.1	Gering	17.7	19.2
Bildungsabschluss			Mittel	32.1	28.3
Niedrig	43.4	39.4	Hoch	50.2	52.5
Mittel	28.3	29.6	Vertrauen in Umweltverbände		
Hoch	28.3	31.1	Gering	31.0	33.0
Sprache			Mittel	35.6	30.3
DE	76.0	78.6	Hoch	33.3	36.6
FR	24.0	21.4	Vertrauen in Wirtschaftsverbände		
Wohnort			Gering	40.6	42.8
Land	46.4	44.6	Mittel	41.7	38.1
Agglomeration	25.6	27.2	Hoch	17.7	19.1
Stadt	27.9	28.2	Vertrauen in die Wissenschaft		
Politisches Interesse			Gering	13.8	15.3
Tief	29.2	18.1	Mittel	29.0	25.0
Hoch	70.8	81.9	Hoch	57.2	59.7
Parteinähe			Vertrauen in die Medien		
Mitte	14.0	13.3	Gering	45.9	45.3
FDP	14.3	14.5	Mittel	37.3	37.0
SVP	28.0	25.8	Hoch	16.8	17.7
SP	18.3	17.5	Pro-Klima-Index		
Grüne	9.7	10.7	Tief	33.9	35.2
glp	7.6	9.3	Mittel	35.7	30.9
			Hoch	30.4	33.9

Anhang 2: Indices und generierte Analysevariablen

Im Rahmen der Auswertungen der vorliegenden Studie wurden anhand der Antworten der Umfrageteilnehmenden eine Reihe von Indices und gruppierten Variablen gebildet, um die Analysen zu vereinfachen. Nachfolgend werden zur besseren Nachvollziehbarkeit und mit Blick auf eine möglichst umfassende Transparenz die Berechnungsgrundlagen aufgeführt.

Bildungsabschluss

Analysekategorie	Antwortoption(en) im Fragebogen
Niedrig	Keine abgeschlossene Schulbildung Primarschule Sekundarschule Anlehre (mit Anlehrvertrag) Berufslehre
Mittel	Diplommittelschule / allgemeinbildende Schule Handelsschule / Handelsdiplom Berufsmatura Maturitätsschule / Gymnasium / Seminar Höhere Berufsbildung mit eidg. Fachausweis, eidg. Diplom oder Meisterdiplom
Hoch	Höhere Fachschule (HF) für Technik oder Wirtschaft (HKG, HWV, HFG, HFS, Ingenieurschule) Fachhochschule (FH) / Pädagogische Hochschule (PH) Universität / ETH

Politisches Interesse

Analysekategorie	Antwortoption(en) im Fragebogen
Tief	Überhaupt nicht interessiert Eher nicht interessiert
Hoch	Eher interessiert Sehr interessiert

Anzahl benutzte (digitale) Informationsquellen

In der Umfrage wurde danach gefragt, welche Quellen benutzt werden, um sich über Politik und Gesellschaft zu informieren. In der Umfrage wurden dabei die folgenden Antwortoptionen angeboten (Mehrfachantworten waren möglich):

- Zeitungen (on- und offline)
- Fernsehen (inkl. Webseiten und Mediatheken)

- Radio/Podcasts*
- Social Media*
- Messenger-Dienste*
- Video-Plattformen*
- Suchmaschinen*
- Internet generell*
- Gespräche mit Familie oder Freunden
- Gespräche am Arbeitsplatz oder in der Schule

Aus der Anzahl ausgewählter Antworten wurde die Variable «Anzahl benutzter Informationsquellen» erstellt und aus der Anzahl der mit einem * markierten Antworten die Variable «Anzahl benutzter digitaler Informationsquellen».

Pro-Klima-Index

In den Auswertungen wird ein «Pro-Klima-Index» verwendet. Dieser kann einen Wert zwischen 0 und 9 einnehmen, wobei 0 für eine extrem skeptische Haltung bezüglich Klima/Klimawandel und Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels steht, während 9 eine Position bezeichnet, die den Klimawandel als menschengemachtes Problem sieht und zu dessen Bekämpfung auch politische Massnahmen wie z.B. Verbote fordert.

Der Index basiert auf den Antworten zu den folgenden drei Fragen:

- Wie beurteilen Sie die Aussage «Aktuell findet ein Klimawandel statt»?
- Wie beurteilen Sie die Aussage: «Es ist wissenschaftlich belegt, dass die aktuellen Klimaveränderungen durch menschliche Aktivitäten verursacht werden»?
- Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: «Es ist wissenschaftlich belegt, dass die aktuellen Klimaveränderungen durch menschliche Aktivitäten verursacht werden»?

Bei allen drei Fragen standen vier Antwortoptionen zur Verfügung: «Stimme überhaupt nicht zu» (0), «Stimme eher nicht zu» (1), «Stimme eher zu» (2) und «Stimme absolut zu» (3). In den Klammern sind jeweils die Punkte aufgeführt, die zur Berechnung des Index vergeben werden. Für den Index werden die Punkte einfach addiert.

Zusätzlich wurde noch eine gruppierte Variable berechnet, die die Umfrageteilnehmenden je nach Punktestand in drei Gruppen einteilt: «Tief» (0 bis 5 Punkte), «Mittel» (6 und 7 Punkte) und «Hoch» (8 und 9 Punkte).

Klimawissens-Index

Das Wissen der Umfrageteilnehmenden zum Thema «Klima/Klimawandel» wurde anhand von fünf Fragen erfasst (die korrekten Antworten sind jeweils grün markiert):

- Was sind die aktuellen Klimaziele der Schweiz?
(Antwortoptionen: «Einfrieren des CO₂-Ausstosses auf dem Niveau von 1990», «Reduktion auf 50% des CO₂-Ausstosses von 1990 bis 2030», «Reduktion auf 50% des CO₂-Ausstosses von 1990 bis 2030 und Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050» und «Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2030»)
- Hat die Schweiz auf dem Weg zur Erfüllung Ihrer Klimaziele die Zwischenziele im Jahr 2020 verfehlt oder übertroffen?
(Antwortoptionen: «Deutlich verfehlt», «Knapp verfehlt», «Knapp übertroffen» und «Deutlich übertroffen»)

- Ist die folgende Aussage Ihrer Meinung nach richtig oder falsch: «Die Schweiz erhebt bereits heute eine CO₂-Abgabe auf fossilen Brennstoffe»?
(Antwortoptionen: «Richtig» und «Falsch»)
- Tatsächlich gibt es seit 2008 eine CO₂-Abgabe. Wie werden jedoch die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe verwendet?
(Antwortoptionen: «Die Einnahmen werden vollständig an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt.», «Zwei Drittel werden an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt und ein Drittel fliesst in ein Programm zur nachhaltigen Gebäudesanierung.» und «Die Einnahmen können durch den Bund frei verwendet werden.»)
- «Bitte sortieren Sie die folgenden Bereiche nach der Grösse ihres Ausstosses von Treibhausgasen (in absteigender Reihenfolge, d.h. derjenige Sektor mit den grössten Emissionen steht zuoberst).»:
 - Verkehr (ohne den internationalen Flug- und Schiffsverkehr) (1; 33%)
 - Gebäude (2, 23%)
 - Industrie (2; 23%)
 - Landwirtschaft und Abfallbehandlung (4; 21%)

Bei der Berechnung des Wissens-Index wird jede korrekte Antwort mit einem Punkt gewertet, wobei bei der letzten Frage lediglich die korrekte Position des Verkehrs als mit einem Anteil von 33% als grösster CO₂-Verursacher genannt werden muss. So ergeben sich Index-Werte zwischen 0 und 5 Punkten.

Auch bei diesem Index wurde zusätzlich eine gruppierte Variable berechnet, die die Umfrageteilnehmenden je nach Punktestand in drei Gruppen einteilt: «Tief» (0 bis 1 Punkt), «Mittel» (2 Punkte) und «Hoch» (3 bis 5 Punkte).

Anhang 3: Zustimmung zu Massnahmenvorschlägen nach Bevölkerungsgruppen

Die Massnahmenvorschläge sind in absteigender Reihenfolge der erzielten Zustimmungswerte sortiert (analog zu Tabelle 7.1).

Massnahmenvorschlag 1:

Sollen Themen wie der Ressourcenverbrauch und andere ökologische Aspekte in der Berufsbildung (z.B. bei der Landwirtschaft, Gastronomie, Hauswirtschaft oder Lebensmitteltechnologie) mehr Gewicht erhalten?

		Zustimmung in %
Insgesamt		87.0
Geschlecht	Mann	85.5
	Frau	89.3
Alter	18-24	88.9
	25-34	80.3
	35-44	86.3
	45-54	85.2
	55-64	88.5
	65+	89.2
Sprache	DE	86.5
	FR	88.7
Bildungsabschluss	Niedrig	84.5
	Mittel	85.5
	Hoch	91.1
Politisches Interesse	Tief	88.3
	Hoch	86.6
Parteinähe	Mitte	92.5
	FDP	92.9
	SVP	67.7
	SP	96.2
	Grüne	98.0
	GLP	95.6
	Andere	80.5
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	74.7
	Mittel	89.0
	Hoch	92.5
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	84.9
	Mittel	88.7
	Hoch	87.8
Pro-Klima-Index	Contra	81.0
	Pro	97.4

N=1'016; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 2:

Befürworten Sie staatliche Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten (z.B. Recht auf Reparatur, Verlängerung der Garantiefristen, längere Mindestzeiten für Software-Updates)?

		Zustimmung in %
Insgesamt		85.5
Geschlecht	Mann	82.2
	Frau	91.3
Alter	18-24	90.9
	25-34	83.9
	35-44	80.1
	45-54	84.4
	55-64	92.5
	65+	83.3
Sprache	DE	82.9
	FR	95.5
Bildungsabschluss	Niedrig	83.0
	Mittel	81.4
	Hoch	92.6
Politisches Interesse	Tief	81.5
	Hoch	86.4
Parteinähe	Mitte	89.2
	FDP	83.8
	SVP	75.3
	SP	92.7
	Grüne	95.2
	GLP	96.2
	Andere	78.0
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	78.5
	Mittel	83.9
	Hoch	94.0
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	83.8
	Mittel	83.3
	Hoch	89.9
Pro-Klima-Index	Contra	81.4
	Pro	93.4

N=665; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 3:

Braucht es eine breite öffentliche Sensibilisierungskampagne, um auf Food Waste aufmerksam zu machen?

Zustimmung in %		
Insgesamt		82.5
Geschlecht	Mann	79.4
	Frau	88.0
Alter	18-24	80.5
	25-34	86.1
	35-44	80.5
	45-54	76.6
	55-64	89.0
	65+	81.3
Sprache	DE	80.5
	FR	90.1
Bildungsabschluss	Niedrig	82.2
	Mittel	79.9
	Hoch	85.0
Politisches Interesse	Tief	76.3
	Hoch	83.8
Parteinähe	Mitte	84.0
	FDP	85.1
	SVP	69.7
	SP	91.5
	Grüne	96.7
	GLP	90.1
	Andere	70.2
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	83.4
	Mittel	81.4
	Hoch	85.2
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	80.1
	Mittel	79.9
	Hoch	87.8
Pro-Klima-Index	Contra	75.8
	Pro	94.0

N=663; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 4:

Befürworten Sie den Ausbau von internationalen Nacht- und Fernverbindungszügen?

		Zustimmung in %
Insgesamt		81.8
Geschlecht	Mann	80.5
	Frau	83.9
Alter	18-24	84.4
	25-34	86.6
	35-44	83.3
	45-54	77.5
	55-64	82.6
	65+	79.8
Sprache	DE	83.2
	FR	77.2
Bildungsabschluss	Niedrig	77.2
	Mittel	82.4
	Hoch	86.5
Politisches Interesse	Tief	76.4
	Hoch	82.9
Parteinähe	Mitte	82.2
	FDP	81.3
	SVP	68.2
	SP	89.5
	Grüne	89.1
	GLP	88.2
	Andere	86.5
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	78.1
	Mittel	81.6
	Hoch	85.7
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	81.0
	Mittel	80.2
	Hoch	84.4
Pro-Klima-Index	Contra	76.6
	Pro	90.8

N=938; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 5:

Sollen die Gesetze so angepasst werden, dass leerstehende Gebäude einfacher für Zwischennutzungen verwendet werden können?

Zustimmung in %		
Insgesamt		80.1
Geschlecht	Mann	77.2
	Frau	84.8
Alter	18-24	86.6
	25-34	82.8
	35-44	81.0
	45-54	76.0
	55-64	79.8
	65+	79.5
Sprache	DE	79.8
	FR	81.4
Bildungsabschluss	Niedrig	80.0
	Mittel	81.9
	Hoch	78.7
Politisches Interesse	Tief	84.6
	Hoch	79.2
Parteinähe	Mitte	80.5
	FDP	81.2
	SVP	62.2
	SP	92.4
	Grüne	100.0
	GLP	88.6
	Andere	78.5
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	72.2
	Mittel	80.9
	Hoch	86.4
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	75.6
	Mittel	84.3
	Hoch	81.7
Pro-Klima-Index	Contra	73.5
	Pro	92.6

N=997; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 6:

Soll dem Themenbereich "Nachhaltige Entwicklung" in den Lehrplänen der Volks-, Maturitäts- und Berufsschulen mehr Gewicht eingeräumt werden?

Zustimmung in %		
Insgesamt		79.8
Geschlecht	Mann	77.1
	Frau	83.9
Alter	18-24	87.4
	25-34	77.4
	35-44	76.9
	45-54	75.9
	55-64	80.3
	65+	81.5
Sprache	DE	78.0
	FR	86.3
Bildungsabschluss	Niedrig	79.8
	Mittel	76.3
	Hoch	83.6
Politisches Interesse	Tief	81.0
	Hoch	79.5
Parteinähe	Mitte	85.6
	FDP	80.6
	SVP	53.6
	SP	97.9
	Grüne	98.1
	GLP	92.1
	Andere	68.7
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	69.6
	Mittel	83.6
	Hoch	81.7
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	75.6
	Mittel	78.9
	Hoch	85.8
Pro-Klima-Index	Contra	71.2
	Pro	96.4

N=963; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 7

Soll bei öffentlichen Beschaffungen das Kriterium der Nachhaltigkeit mehr Gewicht erhalten (z.B. im Verhältnis zu den offerierten Preisen)?

Zustimmung in %		
Insgesamt		79.5
Geschlecht	Mann	76.8
	Frau	84.0
Alter	18-24	83.5
	25-34	72.7
	35-44	74.5
	45-54	77.5
	55-64	82.5
	65+	81.9
Sprache	DE	78.9
	FR	81.6
Bildungsabschluss	Niedrig	79.7
	Mittel	79.1
	Hoch	79.8
Politisches Interesse	Tief	75.1
	Hoch	80.4
Parteinähe	Mitte	84.6
	FDP	78.0
	SVP	56.5
	SP	94.4
	Grüne	97.3
	GLP	94.9
	Andere	74.1
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	71.9
	Mittel	81.0
	Hoch	82.9
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	81.1
	Mittel	76.6
	Hoch	80.1
Pro-Klima-Index	Contra	71.0
	Pro	96.2

N=944; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 8:

Sollen Landwirtschaftsbetriebe bei einer Umstellung auf eine umfassend nachhaltigere Produktionsweise finanziell stärker unterstützt werden?

Zustimmung in %		
Insgesamt		79.0
Geschlecht	Mann	75.3
	Frau	84.7
Alter	18-24	77.1
	25-34	84.7
	35-44	86.0
	45-54	77.5
	55-64	82.2
	65+	72.4
Sprache	DE	75.8
	FR	89.9
Bildungsabschluss	Niedrig	76.9
	Mittel	77.8
	Hoch	82.7
Politisches Interesse	Tief	79.8
	Hoch	78.8
Parteinähe	Mitte	79.3
	FDP	76.5
	SVP	62.5
	SP	88.1
	Grüne	90.5
	GLP	92.0
	Andere	82.9
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	74.4
	Mittel	79.2
	Hoch	84.5
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	82.5
	Mittel	77.8
	Hoch	75.6
Pro-Klima-Index	Contra	72.6
	Pro	90.1

N=945; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 9:

Würden Sie ein Verbot von Einwegplastik und nicht-rezyklierbaren Kunststoffen befürworten?

Zustimmung in %		
Insgesamt		78.2
Geschlecht	Mann	75.5
	Frau	82.8
Alter	18-24	82.0
	25-34	72.8
	35-44	67.2
	45-54	76.5
	55-64	83.7
	65+	81.1
Sprache	DE	74.8
	FR	90.8
Bildungsabschluss	Niedrig	77.2
	Mittel	76.1
	Hoch	81.2
Politisches Interesse	Tief	68.8
	Hoch	80.1
Parteinähe	Mitte	79.1
	FDP	82.7
	SVP	60.3
	SP	92.0
	Grüne	97.1
	GLP	90.9
	Andere	58.7
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	71.7
	Mittel	78.4
	Hoch	82.9
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	75.4
	Mittel	77.9
	Hoch	81.9
Pro-Klima-Index	Contra	69.7
	Pro	93.7

N=664; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 10:

Soll die Schweiz ihre Aussenhandelsabkommen stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten?

Zustimmung in %		
Insgesamt		77.0
Geschlecht	Mann	74.3
	Frau	81.2
Alter	18-24	78.5
	25-34	77.6
	35-44	73.7
	45-54	76.6
	55-64	73.7
	65+	80.3
Sprache	DE	74.4
	FR	86.2
Bildungsabschluss	Niedrig	76.9
	Mittel	70.2
	Hoch	83.2
Politisches Interesse	Tief	71.4
	Hoch	78.3
Parteinähe	Mitte	80.9
	FDP	82.1
	SVP	46.3
	SP	93.1
	Grüne	96.2
	GLP	92.8
	Andere	74.5
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	70.9
	Mittel	77.5
	Hoch	81.0
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	75.6
	Mittel	77.2
	Hoch	78.5
Pro-Klima-Index	Contra	68.3
	Pro	93.2

N=961; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 11:

Soll das Ablaufdatum auf unkritischen Lebensmitteln durch ein Herstellungsdatum ersetzt werden?

Zustimmung in %		
Insgesamt		76.4
Geschlecht	Mann	74.8
	Frau	78.7
Alter	18-24	76.1
	25-34	79.6
	35-44	76.8
	45-54	74.7
	55-64	77.4
	65+	75.2
Sprache	DE	76.7
	FR	75.5
Bildungsabschluss	Niedrig	74.0
	Mittel	75.6
	Hoch	80.5
Politisches Interesse	Tief	78.5
	Hoch	76.0
Parteinähe	Mitte	74.2
	FDP	80.2
	SVP	70.6
	SP	80.1
	Grüne	84.2
	GLP	82.2
	Andere	70.7
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	72.9
	Mittel	77.9
	Hoch	76.7
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	74.4
	Mittel	79.1
	Hoch	76.4
Pro-Klima-Index	Contra	72.1
	Pro	86.7

N=936; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 12:

Sollen die Landwirtschaft, der Gross- und Detailhandel sowie die Gastronomie verpflichtet werden, über den Umfang der weggeworfenen Lebensmittel und die zur Vermeidung von Food Waste getroffenen Massnahmen zu informieren?

Zustimmung in %		
Insgesamt		75.2
Geschlecht	Mann	70.5
	Frau	82.3
Alter	18-24	79.9
	25-34	79.3
	35-44	77.3
	45-54	73.1
	55-64	73.6
	65+	73.4
Sprache	DE	74.0
	FR	80.0
Bildungsabschluss	Niedrig	74.7
	Mittel	72.0
	Hoch	79.0
Politisches Interesse	Tief	78.8
	Hoch	74.5
Parteinähe	Mitte	79.5
	FDP	72.8
	SVP	58.4
	SP	89.7
	Grüne	91.7
	GLP	78.8
	Andere	68.8
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	70.0
	Mittel	74.5
	Hoch	81.0
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	76.1
	Mittel	71.5
	Hoch	77.9
Pro-Klima-Index	Contra	67.0
	Pro	90.7

N=980; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 13:

Sollen umfassend nachhaltige Neu- und Umbauten (bzgl. Energieeffizienz, Wasserverbrauch, Baumaterial) finanziell vom Staat unterstützt werden?

Zustimmung in %		
Insgesamt		74.4
Geschlecht	Mann	71.6
	Frau	78.6
Alter	18-24	80.6
	25-34	82.0
	35-44	77.0
	45-54	72.7
	55-64	74.9
	65+	69.3
Sprache	DE	71.0
	FR	85.8
Bildungsabschluss	Niedrig	74.1
	Mittel	70.4
	Hoch	78.3
Politisches Interesse	Tief	75.9
	Hoch	74.1
Parteinähe	Mitte	79.7
	FDP	78.0
	SVP	56.5
	SP	87.0
	Grüne	87.7
	GLP	82.1
	Andere	63.2
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	72.6
	Mittel	75.3
	Hoch	74.6
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	74.0
	Mittel	77.2
	Hoch	72.0
Pro-Klima-Index	Contra	67.5
	Pro	88.0

N=985; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 14:

Soll die intensive landwirtschaftliche Tierhaltung (viele Tiere auf wenig Raum) verboten werden?

		Zustimmung in %
Insgesamt		72.5
Geschlecht	Mann	67.7
	Frau	80.1
Alter	18-24	75.1
	25-34	71.7
	35-44	73.9
	45-54	73.9
	55-64	73.3
	65+	70.2
Sprache	DE	70.0
	FR	82.1
Bildungsabschluss	Niedrig	70.6
	Mittel	71.3
	Hoch	76.3
Politisches Interesse	Tief	76.0
	Hoch	71.7
Parteinähe	Mitte	65.1
	FDP	66.9
	SVP	56.1
	SP	89.7
	Grüne	92.2
	GLP	88.7
	Andere	64.1
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	70.0
	Mittel	73.8
	Hoch	73.4
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	73.2
	Mittel	74.9
	Hoch	69.3
Pro-Klima-Index	Contra	65.4
	Pro	86.8

N=985; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 15:

Befürworten Sie den Ausbau von Car-Sharing-Angeboten?

		Zustimmung in %
Insgesamt		72.2
Geschlecht	Mann	69.3
	Frau	76.6
Alter	18-24	75.1
	25-34	78.4
	35-44	72.6
	45-54	71.4
	55-64	67.9
	65+	71.6
Sprache	DE	68.9
	FR	84.3
Bildungsabschluss	Niedrig	68.3
	Mittel	73.2
	Hoch	75.9
Politisches Interesse	Tief	70.2
	Hoch	72.6
Parteinähe	Mitte	73.9
	FDP	69.0
	SVP	50.9
	SP	86.3
	Grüne	89.9
	GLP	88.0
	Andere	74.1
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	67.1
	Mittel	72.9
	Hoch	76.0
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	70.7
	Mittel	70.2
	Hoch	76.2
Pro-Klima-Index	Contra	65.4
	Pro	86.6

N=927; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 16:

Soll bei Lebensmitteln umfassend deklariert werden müssen, wie sich deren Produktion auf die Umwelt und das Tierwohl auswirkt?

Zustimmung in %		
Insgesamt		71.3
Geschlecht	Mann	69.0
	Frau	75.1
Alter	18-24	77.6
	25-34	78.0
	35-44	80.7
	45-54	70.9
	55-64	65.0
	65+	67.3
Sprache	DE	70.3
	FR	75.5
Bildungsabschluss	Niedrig	65.3
	Mittel	70.6
	Hoch	79.6
Politisches Interesse	Tief	68.9
	Hoch	71.9
Parteinähe	Mitte	71.6
	FDP	65.9
	SVP	48.5
	SP	88.9
	Grüne	94.6
	GLP	90.0
	Andere	60.0
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	67.9
	Mittel	69.8
	Hoch	78.8
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	72.6
	Mittel	67.5
	Hoch	73.8
Pro-Klima-Index	Contra	60.2
	Pro	92.7

N=940; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 17:

Soll sich die Schweiz auf internationaler Ebene für eine Landwirtschaftspolitik einsetzen, die stärker auf die UNO-Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet ist?

Zustimmung in %		
Insgesamt		69.9
Geschlecht	Mann	67.6
	Frau	73.5
Alter	18-24	85.0
	25-34	70.1
	35-44	71.9
	45-54	63.1
	55-64	66.5
	65+	70.6
Sprache	DE	68.4
	FR	75.9
Bildungsabschluss	Niedrig	67.7
	Mittel	67.7
	Hoch	74.7
Politisches Interesse	Tief	69.7
	Hoch	70.0
Parteinähe	Mitte	73.4
	FDP	77.0
	SVP	39.3
	SP	90.6
	Grüne	93.3
	GLP	91.2
	Andere	56.3
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	61.4
	Mittel	74.5
	Hoch	67.5
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	71.7
	Mittel	65.1
	Hoch	72.8
Pro-Klima-Index	Contra	58.8
	Pro	92.6

N=928; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 18:

Soll Werbung für besonders klimaschädliche Produkte verboten werden?

		Zustimmung in %
Insgesamt		68.3
Geschlecht	Mann	62.9
	Frau	77.1
Alter	18-24	71.8
	25-34	70.5
	35-44	64.5
	45-54	68.4
	55-64	63.2
	65+	71.4
Sprache	DE	64.8
	FR	82.1
Bildungsabschluss	Niedrig	65.4
	Mittel	70.0
	Hoch	70.7
Politisches Interesse	Tief	72.9
	Hoch	67.4
Parteinähe	Mitte	71.1
	FDP	70.0
	SVP	47.2
	SP	81.5
	Grüne	87.8
	GLP	82.4
	Andere	61.3
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	68.0
	Mittel	67.6
	Hoch	70.7
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	66.3
	Mittel	71.3
	Hoch	67.8
Pro-Klima-Index	Contra	58.1
	Pro	89.6

N=961; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 19:

Soll der Staat allen Familien Zugang zu bezahlbarer familienergänzender Kinderbetreuung garantieren?

Zustimmung in %		
Insgesamt		67.8
Geschlecht	Mann	62.0
	Frau	75.9
Alter	18-24	76.0
	25-34	77.4
	35-44	73.7
	45-54	67.6
	55-64	62.5
	65+	62.6
Sprache	DE	63.6
	FR	84.5
Bildungsabschluss	Niedrig	65.5
	Mittel	69.0
	Hoch	69.9
Politisches Interesse	Tief	71.7
	Hoch	67.0
Parteinähe	Mitte	74.7
	FDP	59.2
	SVP	49.4
	SP	91.5
	Grüne	84.6
	GLP	71.3
	Andere	53.3
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	64.0
	Mittel	66.9
	Hoch	73.3
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	70.0
	Mittel	68.9
	Hoch	63.8
Pro-Klima-Index	Contra	62.0
	Pro	77.6

N=984; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 20:

Sollen beleuchtete Werbetafeln verboten werden?

		Zustimmung in %
Insgesamt		67.5
Geschlecht	Mann	61.8
	Frau	75.8
Alter	18-24	64.9
	25-34	71.2
	35-44	72.1
	45-54	66.3
	55-64	68.8
	65+	63.8
Sprache	DE	63.6
	FR	82.4
Bildungsabschluss	Niedrig	68.6
	Mittel	65.4
	Hoch	68.4
Politisches Interesse	Tief	70.7
	Hoch	66.8
Parteinähe	Mitte	70.3
	FDP	53.6
	SVP	52.1
	SP	83.0
	Grüne	79.4
	GLP	76.4
	Andere	73.8
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	61.6
	Mittel	70.9
	Hoch	66.2
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	67.4
	Mittel	67.7
	Hoch	67.3
Pro-Klima-Index	Contra	58.8
	Pro	80.4

N=999; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 21:

Soll beim Abriss eines Gebäudes zuerst der Nachweis erbracht werden müssen, dass der Abriss ökologischer als eine Sanierung ist?

Zustimmung in %		
Insgesamt		63.3
Geschlecht	Mann	57.8
	Frau	71.4
Alter	18-24	76.3
	25-34	61.6
	35-44	71.1
	45-54	51.1
	55-64	62.1
	65+	63.7
Sprache	DE	60.0
	FR	74.9
Bildungsabschluss	Niedrig	62.8
	Mittel	63.2
	Hoch	64.2
Politisches Interesse	Tief	63.3
	Hoch	63.3
Parteinähe	Mitte	61.4
	FDP	55.6
	SVP	45.7
	SP	79.5
	Grüne	86.7
	GLP	69.8
	Andere	58.6
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	56.9
	Mittel	66.2
	Hoch	64.1
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	63.2
	Mittel	60.4
	Hoch	66.3
Pro-Klima-Index	Contra	54.6
	Pro	80.0

N=944; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 22:

Soll der Bund darauf verzichten, Werbung für Fleischprodukte finanziell zu unterstützen?

Zustimmung in %		
Insgesamt		62.9
Geschlecht	Mann	60.1
	Frau	67.8
Alter	18-24	57.8
	25-34	63.6
	35-44	61.9
	45-54	60.8
	55-64	63.8
	65+	65.1
Sprache	DE	65.8
	FR	51.8
Bildungsabschluss	Niedrig	61.6
	Mittel	58.5
	Hoch	68.6
Politisches Interesse	Tief	59.1
	Hoch	63.7
Parteinähe	Mitte	58.8
	FDP	51.5
	SVP	50.2
	SP	71.5
	Grüne	87.0
	GLP	81.0
	Andere	64.1
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	57.5
	Mittel	64.5
	Hoch	64.3
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	65.1
	Mittel	63.5
	Hoch	59.8
Pro-Klima-Index	Contra	52.5
	Pro	82.6

N=956; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 23:

Sollen Bund und Kantone mehr finanzielle Mittel für den Ausbau von Fussgänger- und Fahrradwegen bereitstellen?

Zustimmung in %		
Insgesamt		62.6
Geschlecht	Mann	57.5
	Frau	70.7
Alter	18-24	60.6
	25-34	63.8
	35-44	64.8
	45-54	66.7
	55-64	58.0
	65+	62.3
Sprache	DE	61.9
	FR	65.0
Bildungsabschluss	Niedrig	59.2
	Mittel	59.0
	Hoch	70.8
Politisches Interesse	Tief	64.3
	Hoch	62.2
Parteinähe	Mitte	64.1
	FDP	54.2
	SVP	32.8
	SP	87.0
	Grüne	89.3
	GLP	78.9
	Andere	60.0
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	55.0
	Mittel	62.2
	Hoch	72.1
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	61.7
	Mittel	57.4
	Hoch	68.6
Pro-Klima-Index	Contra	51.7
	Pro	84.9

N=1'006; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 24:

Soll die Steuerbefreiung von Kerosin für den Flugverkehr aufgehoben werden?

		Zustimmung in %
Insgesamt		60.2
Geschlecht	Mann	62.3
	Frau	56.1
Alter	18-24	64.4
	25-34	54.2
	35-44	61.9
	45-54	60.2
	55-64	61.8
	65+	60.1
Sprache	DE	59.3
	FR	63.8
Bildungsabschluss	Niedrig	56.4
	Mittel	62.7
	Hoch	63.1
Politisches Interesse	Tief	47.9
	Hoch	62.6
Parteinähe	Mitte	65.6
	FDP	53.5
	SVP	50.0
	SP	64.3
	Grüne	78.9
	GLP	76.2
	Andere	49.0
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	57.0
	Mittel	63.3
	Hoch	57.0
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	57.9
	Mittel	60.1
	Hoch	62.9
Pro-Klima-Index	Contra	51.0
	Pro	76.0

N=638; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 25:

Befürworten Sie die Einführung einer CO₂-Importsteuer? Importierte Produkte würden gemessen an ihrem ökologischen Fussabdruck bei Herstellung und Transport besteuert.

Zustimmung in %		
Insgesamt		59.6
Geschlecht	Mann	55.5
	Frau	65.9
Alter	18-24	82.1
	25-34	62.5
	35-44	61.4
	45-54	54.0
	55-64	53.0
	65+	58.1
Sprache	DE	54.8
	FR	76.3
Bildungsabschluss	Niedrig	57.6
	Mittel	57.7
	Hoch	64.5
Politisches Interesse	Tief	63.5
	Hoch	58.8
Parteinähe	Mitte	59.0
	FDP	52.6
	SVP	33.9
	SP	78.1
	Grüne	90.8
	GLP	80.4
	Andere	47.1
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	56.3
	Mittel	60.9
	Hoch	60.1
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	60.7
	Mittel	58.4
	Hoch	59.2
Pro-Klima-Index	Contra	44.2
	Pro	88.6

N=960; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 26:

Befürworten Sie die finanzielle Unterstützung für den Ausbau von Co-Working-Räumlichkeiten ausserhalb der Städte?

Zustimmung in %		
Insgesamt		59.1
Geschlecht	Mann	54.1
	Frau	66.5
Alter	18-24	75.3
	25-34	68.3
	35-44	69.6
	45-54	57.1
	55-64	50.0
	65+	52.7
Sprache	DE	58.0
	FR	63.0
Bildungsabschluss	Niedrig	58.5
	Mittel	59.8
	Hoch	59.3
Politisches Interesse	Tief	63.5
	Hoch	58.1
Parteinähe	Mitte	62.5
	FDP	56.3
	SVP	41.2
	SP	73.9
	Grüne	84.5
	GLP	68.3
	Andere	46.5
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	60.8
	Mittel	57.1
	Hoch	62.9
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	58.3
	Mittel	59.6
	Hoch	59.6
Pro-Klima-Index	Contra	51.0
	Pro	75.8

N=945; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 27:

Würden Sie es befürworten, wenn beim Kauf eines elektronischen Geräts ein Depot bezahlt werden müsste, das bei dessen Rückgabe/Entsorgung zurückerstattet wird?

Zustimmung in %		
Insgesamt		58.7
Geschlecht	Mann	57.1
	Frau	61.4
Alter	18-24	65.3
	25-34	64.9
	35-44	62.8
	45-54	44.7
	55-64	55.7
	65+	62.4
Sprache	DE	56.6
	FR	67.8
Bildungsabschluss	Niedrig	55.7
	Mittel	59.0
	Hoch	62.5
Politisches Interesse	Tief	55.1
	Hoch	59.6
Parteinähe	Mitte	62.6
	FDP	59.6
	SVP	36.9
	SP	72.2
	Grüne	77.4
	GLP	73.7
	Andere	59.0
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	48.0
	Mittel	60.8
	Hoch	63.8
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	58.0
	Mittel	57.6
	Hoch	61.0
Pro-Klima-Index	Contra	49.9
	Pro	77.5

N=955; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 28:

Soll der Bau von Tiny Houses als Kleinwohnform stärker gefördert werden?

		Zustimmung in %
Insgesamt		58.1
Geschlecht	Mann	53.2
	Frau	65.8
Alter	18-24	69.3
	25-34	69.3
	35-44	56.9
	45-54	51.6
	55-64	63.4
	65+	49.7
Sprache	DE	56.8
	FR	63.1
Bildungsabschluss	Niedrig	58.4
	Mittel	55.7
	Hoch	60.3
Politisches Interesse	Tief	62.2
	Hoch	57.2
Parteinähe	Mitte	58.4
	FDP	53.0
	SVP	44.1
	SP	72.9
	Grüne	73.5
	GLP	65.6
	Andere	52.4
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	51.3
	Mittel	58.5
	Hoch	63.8
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	57.7
	Mittel	57.9
	Hoch	58.8
Pro-Klima-Index	Contra	50.3
	Pro	73.5

N=964; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 29:

Soll das kostenlose Retournieren von Waren im Online-Handel verboten werden?

		Zustimmung in %
Insgesamt		58.0
Geschlecht	Mann	59.3
	Frau	56.0
Alter	18-24	49.6
	25-34	47.6
	35-44	55.1
	45-54	52.9
	55-64	65.1
	65+	63.3
Sprache	DE	58.2
	FR	57.1
Bildungsabschluss	Niedrig	57.2
	Mittel	57.4
	Hoch	59.5
Politisches Interesse	Tief	44.3
	Hoch	61.0
Parteinähe	Mitte	57.8
	FDP	61.2
	SVP	44.4
	SP	64.8
	Grüne	67.7
	GLP	69.7
	Andere	54.4
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	53.9
	Mittel	61.5
	Hoch	55.2
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	54.4
	Mittel	55.1
	Hoch	66.3
Pro-Klima-Index	Contra	50.4
	Pro	73.2

N=981; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 30:

Soll eine CO₂-Abgabe auf alle Produkte und Dienstleistungen eingeführt werden, die den verursachten Emissionen entspricht, und die als Pro-Kopf-Beitrag der Bevölkerung zurückerstattet wird?

Zustimmung in %		
Insgesamt		56.4
Geschlecht	Mann	53.4
	Frau	61.1
Alter	18-24	63.0
	25-34	57.8
	35-44	69.8
	45-54	55.0
	55-64	48.5
	65+	52.7
Sprache	DE	55.9
	FR	58.5
Bildungsabschluss	Niedrig	48.9
	Mittel	58.6
	Hoch	63.5
Politisches Interesse	Tief	56.5
	Hoch	56.4
Parteinähe	Mitte	55.9
	FDP	57.6
	SVP	27.7
	SP	73.9
	Grüne	88.9
	GLP	77.3
	Andere	46.0
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	53.4
	Mittel	55.3
	Hoch	63.1
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	53.2
	Mittel	57.8
	Hoch	59.4
Pro-Klima-Index	Contra	41.0
	Pro	86.4

N=936; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 31:

Befürworten Sie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens?

		Zustimmung in %
Insgesamt		56.1
Geschlecht	Mann	48.2
	Frau	68.8
Alter	18-24	67.5
	25-34	73.4
	35-44	63.5
	45-54	56.3
	55-64	53.5
	65+	44.1
Sprache	DE	53.8
	FR	64.7
Bildungsabschluss	Niedrig	60.6
	Mittel	54.5
	Hoch	51.8
Politisches Interesse	Tief	67.2
	Hoch	53.7
Parteinähe	Mitte	55.2
	FDP	36.8
	SVP	44.7
	SP	76.3
	Grüne	78.3
	GLP	57.5
	Andere	54.2
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	64.9
	Mittel	49.9
	Hoch	61.3
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	59.9
	Mittel	59.7
	Hoch	47.8
Pro-Klima-Index	Contra	50.9
	Pro	66.2

N=935; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 32:

Würden Sie die Einführung progressiver Preise im Flugverkehr begrüßen (je öfter man fliegt, umso stärker steigen die Preise)?

Zustimmung in %		
Insgesamt		56.0
Geschlecht	Mann	54.4
	Frau	58.4
Alter	18-24	57.6
	25-34	60.8
	35-44	64.8
	45-54	51.1
	55-64	56.3
	65+	51.6
Sprache	DE	55.6
	FR	57.4
Bildungsabschluss	Niedrig	51.4
	Mittel	56.4
	Hoch	61.9
Politisches Interesse	Tief	52.4
	Hoch	56.8
Parteinähe	Mitte	53.9
	FDP	36.1
	SVP	39.8
	SP	68.6
	Grüne	81.1
	GLP	82.9
	Andere	62.6
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	53.1
	Mittel	55.6
	Hoch	60.1
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	55.9
	Mittel	54.2
	Hoch	58.0
Pro-Klima-Index	Contra	44.3
	Pro	80.3

N=991; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 33:

Befürworten Sie die Einführung einer 35-Stunden-Arbeitswoche bei gleichbleibendem Lohn?

Zustimmung in %		
Insgesamt		53.4
Geschlecht	Mann	45.4
	Frau	66.0
Alter	18-24	80.5
	25-34	82.4
	35-44	70.2
	45-54	56.9
	55-64	54.1
	65+	22.8
Sprache	DE	49.6
	FR	67.0
Bildungsabschluss	Niedrig	55.8
	Mittel	49.8
	Hoch	53.9
Politisches Interesse	Tief	70.7
	Hoch	49.4
Parteinähe	Mitte	41.7
	FDP	41.8
	SVP	43.7
	SP	73.9
	Grüne	77.2
	GLP	41.8
	Andere	57.9
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	59.8
	Mittel	47.5
	Hoch	58.7
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	57.3
	Mittel	50.9
	Hoch	50.9
Pro-Klima-Index	Contra	49.3
	Pro	60.7

N=976; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 34:

Sollen tierisch hergestellte Lebensmittel, Pflanzenschutzmittel und mineralische Düngemittel künftig mit dem normalen Steuersatz von 7.7% (statt dem reduzierten MwSt-Satz von 2.5%) besteuert werden?

Zustimmung in %		
Insgesamt		51.4
Geschlecht	Mann	48.6
	Frau	56.1
Alter	18-24	62.4
	25-34	54.4
	35-44	47.3
	45-54	50.6
	55-64	53.2
	65+	48.9
Sprache	DE	54.2
	FR	40.9
Bildungsabschluss	Niedrig	49.2
	Mittel	53.1
	Hoch	52.9
Politisches Interesse	Tief	50.3
	Hoch	51.7
Parteinähe	Mitte	50.4
	FDP	46.0
	SVP	32.5
	SP	60.9
	Grüne	77.9
	GLP	66.3
	Andere	51.9
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	50.7
	Mittel	50.1
	Hoch	57.5
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	51.9
	Mittel	50.0
	Hoch	52.4
Pro-Klima-Index	Contra	38.5
	Pro	77.7

N=909; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 35:

Soll es vermehrt regionale autofreie Tage (sogenannte Slow-ups) geben?

		Zustimmung in %
Insgesamt		47.5
Geschlecht	Mann	43.9
	Frau	52.9
Alter	18-24	50.3
	25-34	51.1
	35-44	55.2
	45-54	51.3
	55-64	44.9
	65+	41.6
Sprache	DE	44.9
	FR	57.7
Bildungsabschluss	Niedrig	44.0
	Mittel	45.9
	Hoch	53.5
Politisches Interesse	Tief	47.5
	Hoch	47.5
Parteinähe	Mitte	51.8
	FDP	32.5
	SVP	26.1
	SP	65.9
	Grüne	80.9
	GLP	58.5
	Andere	43.6
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	48.5
	Mittel	48.5
	Hoch	46.8
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	46.8
	Mittel	45.4
	Hoch	50.4
Pro-Klima-Index	Contra	33.8
	Pro	75.3

N=988; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 36:

Einführung progressiver Stromtarife

		Zustimmung in %
Insgesamt		46.7
Geschlecht	Mann	45.8
	Frau	48.2
Alter	18-24	56.1
	25-34	32.7
	35-44	52.5
	45-54	37.4
	55-64	55.3
	65+	47.8
Sprache	DE	42.4
	FR	62.6
Bildungsabschluss	Niedrig	34.2
	Mittel	41.2
	Hoch	65.0
Politisches Interesse	Tief	42.5
	Hoch	47.7
Parteinähe	Mitte	43.8
	FDP	47.0
	SVP	13.0
	SP	68.0
	Grüne	87.2
	GLP	66.2
	Andere	29.7
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	48.6
	Mittel	46.2
	Hoch	46.9
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	48.4
	Mittel	42.7
	Hoch	48.1
Pro-Klima-Index	Contra	31.3
	Pro	75.3

N=333; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 37:

Soll ein Verbot für Tiefpreis-Rabatte auf tierische Produkte eingeführt werden?

		Zustimmung in %
Insgesamt		46.4
Geschlecht	Mann	40.0
	Frau	57.2
Alter	18-24	50.6
	25-34	59.4
	35-44	48.9
	45-54	44.7
	55-64	44.6
	65+	41.4
Sprache	DE	47.7
	FR	41.0
Bildungsabschluss	Niedrig	46.7
	Mittel	43.4
	Hoch	49.0
Politisches Interesse	Tief	44.5
	Hoch	46.9
Parteinähe	Mitte	48.8
	FDP	33.6
	SVP	29.0
	SP	59.8
	Grüne	71.1
	GLP	64.3
	Andere	45.4
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	44.2
	Mittel	46.3
	Hoch	49.9
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	45.2
	Mittel	45.5
	Hoch	49.2
Pro-Klima-Index	Contra	33.5
	Pro	70.8

N=931; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 38:

Sollte in Zukunft anstatt des Arbeitseinkommens der Verbrauch von nicht-erneuerbaren Ressourcen sowie entstehende Abfälle und Emissionen besteuert werden?

Zustimmung in %		
Insgesamt		43.8
Geschlecht	Mann	40.6
	Frau	48.9
Alter	18-24	59.6
	25-34	50.5
	35-44	51.2
	45-54	40.0
	55-64	40.5
	65+	36.8
Sprache	DE	41.3
	FR	53.1
Bildungsabschluss	Niedrig	36.3
	Mittel	41.8
	Hoch	55.0
Politisches Interesse	Tief	44.6
	Hoch	43.7
Parteinähe	Mitte	35.0
	FDP	42.4
	SVP	22.8
	SP	63.9
	Grüne	77.2
	GLP	47.8
	Andere	39.1
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	42.2
	Mittel	43.0
	Hoch	47.8
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	43.4
	Mittel	44.5
	Hoch	43.8
Pro-Klima-Index	Contra	29.3
	Pro	69.2

N=923; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 39:

Befürworten Sie die Einführung eines umfassenden Mobility Pricings sowohl für den öffentlichen als auch den Individualverkehr?

Zustimmung in %		
Insgesamt		42.0
Geschlecht	Mann	45.6
	Frau	36.4
Alter	18-24	41.3
	25-34	46.7
	35-44	46.5
	45-54	43.2
	55-64	36.6
	65+	40.8
Sprache	DE	42.1
	FR	41.8
Bildungsabschluss	Niedrig	39.9
	Mittel	42.5
	Hoch	44.2
Politisches Interesse	Tief	41.7
	Hoch	42.1
Parteinähe	Mitte	48.8
	FDP	43.7
	SVP	27.8
	SP	45.4
	Grüne	51.0
	GLP	54.0
	Andere	42.2
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	42.1
	Mittel	41.9
	Hoch	42.1
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	36.4
	Mittel	44.0
	Hoch	46.6
Pro-Klima-Index	Contra	32.6
	Pro	60.2

N=937; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 40:

Soll eine öffentliche Fachstelle Beratungen dazu anbieten, wie die Pro-Kopf-Wohnfläche reduziert werden kann?

Zustimmung in %		
Insgesamt		38.3
Geschlecht	Mann	36.8
	Frau	40.9
Alter	18-24	69.6
	25-34	54.8
	35-44	44.5
	45-54	29.0
	55-64	30.8
	65+	31.6
Sprache	DE	36.6
	FR	45.2
Bildungsabschluss	Niedrig	36.8
	Mittel	34.7
	Hoch	43.5
Politisches Interesse	Tief	34.4
	Hoch	39.1
Parteinähe	Mitte	39.4
	FDP	40.3
	SVP	19.9
	SP	51.1
	Grüne	66.0
	GLP	41.8
	Andere	31.2
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	39.5
	Mittel	36.2
	Hoch	42.6
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	35.7
	Mittel	39.1
	Hoch	41.0
Pro-Klima-Index	Contra	28.1
	Pro	58.6

N=921; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 41:

Befürworten Sie die Einführung eines umfassenden Road Pricing für den Individualverkehr?

		Zustimmung in %
Insgesamt		37.8
Geschlecht	Mann	38.6
	Frau	36.5
Alter	18-24	41.4
	25-34	50.1
	35-44	43.1
	45-54	31.1
	55-64	36.1
	65+	34.7
Sprache	DE	40.3
	FR	28.5
Bildungsabschluss	Niedrig	34.0
	Mittel	34.9
	Hoch	45.9
Politisches Interesse	Tief	28.9
	Hoch	39.7
Parteinähe	Mitte	35.3
	FDP	38.2
	SVP	17.8
	SP	47.9
	Grüne	58.4
	GLP	52.5
	Andere	40.1
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	36.0
	Mittel	38.2
	Hoch	39.1
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	37.0
	Mittel	35.4
	Hoch	41.4
Pro-Klima-Index	Contra	26.1
	Pro	62.4

N=986; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 42:

Soll ein Verbot für Kurzstreckenflüge (2-3h Flugzeit) eingeführt werden?

Zustimmung in %		
Insgesamt		34.2
Geschlecht	Mann	34.6
	Frau	33.7
Alter	18-24	42.1
	25-34	33.6
	35-44	36.0
	45-54	29.2
	55-64	32.4
	65+	35.3
Sprache	DE	31.7
	FR	43.6
Bildungsabschluss	Niedrig	33.3
	Mittel	31.3
	Hoch	38.3
Politisches Interesse	Tief	27.9
	Hoch	35.6
Parteinähe	Mitte	35.2
	FDP	20.4
	SVP	21.4
	SP	44.0
	Grüne	55.2
	GLP	43.6
	Andere	35.9
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	38.4
	Mittel	32.5
	Hoch	36.3
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	33.9
	Mittel	33.3
	Hoch	35.8
Pro-Klima-Index	Contra	24.7
	Pro	52.8

N=983; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht

Massnahmenvorschlag 43:

Soll die Zahl der (öffentlichen und privaten) Parkplätze in den Stadtzentren verringert werden?

Zustimmung in %		
Insgesamt		30.9
Geschlecht	Mann	29.0
	Frau	33.9
Alter	18-24	38.9
	25-34	41.8
	35-44	41.0
	45-54	28.6
	55-64	26.6
	65+	23.8
Sprache	DE	29.1
	FR	38.4
Bildungsabschluss	Niedrig	28.5
	Mittel	30.5
	Hoch	34.4
Politisches Interesse	Tief	28.4
	Hoch	31.5
Parteinähe	Mitte	26.3
	FDP	23.1
	SVP	12.5
	SP	49.0
	Grüne	59.5
	GLP	38.7
	Andere	29.9
Anzahl konsumierter Informationsquellen	Niedrig	27.7
	Mittel	31.3
	Hoch	33.7
Wissens-Index (Klima/Klimapolitik)	Tief	28.8
	Mittel	33.0
	Hoch	31.6
Pro-Klima-Index	Contra	18.0
	Pro	56.0

N=963; Basis-, Partei- und Klimagesetz-Abstimmungsgewicht